

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

9 (11.1.1917)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasseler monatl. 55 s. 14 jährl. 2.25 M. Zugestellt durch unsere Träger 85 s. bezw. 2.55 M. durch den Postbot. 80 s. bezw. 2.67 M. durch d. Feldpost 90 s. bezw. 2.80 M.; voranzahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-7 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 s. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größt. Aufträge nachm. zuber. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Nun aber Schluss.

Karlsruhe, 11. Januar.

Die am Sonntag in Berlin stattgefundene Reichskonferenz der Parteioption ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Ein anderes Resultat war angesichts der innerhalb der Opposition herrschenden großen Gegensätze gar nicht zu erwarten. Der Zweck der Konferenz wurde nur insofern erreicht, als sich alle drei Oppositionsgruppen darin einig sind, vorerst von der Spaltung der Partei Abstand zu nehmen, aber im Rahmen der Organisation derselben den Kampf gegen die Politik der Mehrheit mit verstärkter Energie weiterzuführen.

Die Vertreter der Gruppe „Internationale“ und der Spartakusgruppe traten nach wie vor für die Beitragsperre ein, in der sie das wirksamste Mittel erblicken, um den Parteivorstand fester zu machen. Im Gegensatz dazu erblickt die Arbeitsgemeinschaft in der Beitragsperre ein Mittel, das nur geeignet ist, die Position der Opposition zu schwächen. Hauptaufgabe sei, innerhalb der Organisation die Massen gegen die Politik der Mehrheit und gegen den Parteivorstand mobil zu machen. Zu diesem Zweck und zum Schutze gegen das organisationswidrige, die Partei gefährdende Verhalten des Parteivorstandes müsse die Opposition einheitlich und geschlossen auftreten. Die Orts- und Kreisorganisationen, deren Mehrheit die Auffassung der Opposition teilt, müßten in strengerer Führung zusammengetreten und wo sie nicht die Mehrheit haben, müßten sie innerhalb der Organisation unermüdet für die Opposition arbeiten und in geeigneter Weise einen Zusammenstoß herbeiführen.

Weiter gehen die Vorschläge der Gruppe „Internationale“. Sie forderte in der von ihr vorgelegten Resolution unter anderem:

1. Die Ausschüßigkeit zu der gegenwärtigen sozialdemokratischen Partei darf von der Opposition nur solange aufrechterhalten werden, als dies ihre selbständige politische Aktion nicht hemmt, auch beeinträchtigt. Die Opposition verbleibt in der Partei, nur um die Politik der Mehrheit auf Schritt und Tritt zu durchkreuzen und zu bekämpfen, die Massen vor der unter dem Deckmantel der Sozialdemokratie betriebenen imperialistischen Politik zu schützen und um die Partei als Rekrutierungsfeld . . . zu benutzen.

2. Dem Parteivorstand ist der ihm zukommende Teil der Beiträge zu sperren. Doch darf dieser Beschluß nur von Wahlkreisverbänden oder einzelnen Wahlkreisen gefaßt und durchgeführt werden.

3. Da, wo die Opposition das Übergewicht hat, ist den Reichstags- und Landtagsabgeordneten der Mehrheit das Recht, ihre Mandate weiter auszuüben, durch die zukünftigen Wahlkreise öffentlich abzusprechen. Gegenüber den Mehrheitskandidaturen müssen bei allen Wahlen selbständige Kandidaturen der Opposition aufgestellt werden; wo letzteres unmöglich ist, ist Stimmhaltung zu proklamieren.

Auch innerhalb der Gewerkschaften müsse der Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen geführt werden. Ein Redner dieser Gruppe verließ sich auf die Behauptung, dieser Kampf sei ein Klassenkampf und der Boden desselben sei die Organisation der Partei und der Gewerkschaften. Söher gehts nimmer!

Die Frage ist nun, wie sich die Partei zu den Beschlüssen dieser Konferenz stellt. Zwar wurden die Resolutionen der „Internationalen“ und der Spartakusgruppe, auf welche 7, resp. 34 Stimmen abgegeben wurden, abgelehnt. Die mit 11 Stimmen angenommene Resolution der Arbeitsgemeinschaft läuft aber in ihrem Effekt auf dasselbe Ziel hinaus, nämlich auf die Selbstauflösung der sozialdemokratischen Partei und die Zertrümmerung ihrer Organisation. Um diesem für die Grundlage unserer politischen Tätigkeit ruinösen Treiben ein Ende zu machen, gibt es nur ein Mittel, ihm so schnell als möglich einen festen Riegel vorzuschieben. Darüber ist man sich in den Gewerkschaften bereits klar. So schreibt das Organ des Bauarbeiterverbandes, der „Grundstein“:

„Schon längst haben sie angekündigt, daß der Streit in der Partei auch für die Gewerkschaften üble Folgen haben werde und haben mußte. Wir erwarten von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern — auch von denen, die sich politisch zur Opposition zählen —, daß sie diesen Schädigungen in unserer Bewegung mit aller Kraft entgegen wirken. Es wird Aufgabe der Gewerkschaften sein, Leute die sich bewußtswidrig an den Arbeiterinteressen verstoßen, rasch und rückwärtslos aus ihren Reihen zu entfernen.“

Und das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ fügte diesem Urteil hinzu:

„Die Gewerkschaften werden daher die Zerpfitterer sehr schnell und rationell darüber aufklären, daß die Methoden der Parteispaltung bei ihnen nicht anwendbar sind.“

Für die sozialdemokratische Partei kann und darf es keinen anderen Standpunkt geben. Der Abg. Genosse Keil führte unter Hinweis auf die Pläne der Opposition in seiner Rede auf der württembergischen Landeskonferenz aus:

„Es heißt, daß eine Annäherung der verschiedenen Gruppen der Opposition, die sich bisher aufs bestmögliche bekämpft haben, im Gange sei und daß nun die Spaltung endgültig vollzogen werden solle. Warten wir noch einige Tage, bis wir das Ergebnis der Konferenz kennen. Liegt es in der angekündigten Richtung, dann kann es für den Parteivorstand und die hinter ihm stehende Parteimehrheit kein Bögeres mehr geben. Dann heißt es bindende Beschlüsse fassen und dem Gängen und Würgen ein Ende machen. Dann gilt es, diejenigen abzuweisen, die die Organisation nur noch zur Sprengung der Partei benutzen. (Beifall.) Dann muß die feste organisatorische Geschlossenheit aller Parteigenossen hergestellt werden, die mit uns in Reich und Glied marschieren wollen. Dem Spiel mit der Beitragsperre, das in Stuttgart begann und hier durch ein entschlossenes Auftreten beantwortet wurde, das dann in Bremen fortgesetzt und nun in Braunschweig eingeleitet wurde, muß ein Ende bereitet werden. Wer sich in den Maßnahmen unserer alten Organisation absolut nicht fügen will, der mag seiner Wege gehen, sich aber nicht mehr als Mitglied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands aufspielen. (Beifall.) Die Zeiten sind zu ernst, als daß einer solchen Zerstückelungsarbeit noch länger zugehört werden könnte. Unsere Parteigenossen, die den festgekauften Rock tragen, werden uns zustimmen, wenn wir der Parteizerrüttung ein Vis hierher und nicht weiter zuzurufen.“

Wenn auch die Resolution der Arbeitsgemeinschaft sich nicht für eine förmliche Spaltung ausspricht, so unterliegt es doch nicht dem geringsten Zweifel, daß das Treiben der Opposition in seinem Endresultat auf die Spaltung der Partei hinauslaufen muß. Der Spaltungsspiel führt in der Partei, damit müssen wir uns abfinden. Für die Arbeitsgemeinschaft handelt es sich heute nur noch darum, die Organisation der Partei zu benützen, um sich die Mehrheit zu verschaffen und dann die jetzige Mehrheit aus der Partei hinauszudrängen. Denn daß ihr Gesellen über die Vergewaltigung der Aufschauungen der Minderheit pure Händelei ist, lehren die Vorgänge, die sich auf dem Magdeburger Parteitag abspielten haben. Wäre die Opposition erst in der Mehrheit, dann würde sie mit den Gegnern ihrer Auffassung kurzen Prozeß machen. Sie würde ihnen nicht entzerrt so viel Geduld entgegenbringen, wie die jetzige Mehrheit sie dem Treiben der Opposition gegenüber bisher geübt hat.

Wer angesichts der in den letzten Monaten mit der Parteioption gemachten Erfahrungen immer noch auf ein irgendwie erträgliches und erfolgreiches politisches Zusammenarbeiten mit diesen Elementen rechnet, ist ein Phantast. Dazu sind, abgesehen von allem anderen, die Gegensätze viel zu groß geworden. Es bleibt also gar nichts anderes übrig, als dem Elend ein rasches Ende zu machen und den Herrschenden Gelegenheit zu geben, mit ihrer „prinzipiellen“ Politik bei den Massen die Probe aufs Exempel zu machen. Für uns unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß sie damit ein klägliches Fiasko erleben werden. Der Opposition von heute blüht, sofern die Mehrheit endlich entschlossen ist, sich die Grundlage für ihre Politik nicht zerstören zu lassen, dasselbe Schicksal, wie j. Zt. der Opposition der „Jungen“, denn ihr Wesen ist genau dasselbe. In wenigen Jahren trägt kein Dahn mehr nach dieser Parteioption.

Die Gewerkschaften können keine andere als eine auf positive Erfolge eingestellte Politik der Sozialdemokratie unterstützen. An der festen Basis und dem entschiedenen Willen der Gewerkschaften werden alle Versuche der Opposition scheitern. Zu was also noch weiter zögern und so die Mehrheit und ihre Politik in Mißkredit bringen lassen? Je schneller und gründlicher der durch die historische Entwicklung notwendig gewordene Kaiserich gemacht wird, um so besser für die sozialdemokratische Partei, für die Gewerkschaften und für die künftige deutsche Politik. Von dem Augenblick an, wo die Opposition auf sich selbst gestellt ist und die Organisation der Partei nicht mehr für ihre Zwecke mißbrauchen kann, preißt sie auf dem letzten Loch. Darum: Schluß mit der Tragödie. Es ist höchste Zeit!

Vom Krieg.

Deutscher Tagesbericht.

Fortschritte in Rumänien. — Weitere 1500 Gefangene.

WB. Großes Hauptquartier, Amlich, 10. Jan. 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Sturm und Regen blieb die Gefechtsaktivität gering. Nur an der Ancre lebhaftere Artilleriekämpfe.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: Stärkere russische Angriffe südwestlich Riga, sowie zahlreiche Vorstöße kleinerer Abteilungen zwischen Rüste und Rarocj-See blieben auch gestern ohne jeden Erfolg.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Vergeblich veruchten Russen und Rumänen die ihnen entziffenen Höhenstellungen beiderseits des Sufita-Tales zurückzugewinnen. Unter blutigen Verlusten scheiterten die mit starken Kräften ausgeführten Gegenangriffe. Nördlich und südlich des Sufita-Tales wurde der Feind weiter zurückgedrängt. In den Kämpfen der beiden letzten Tage fielen 6 Offiziere, 900 Mann und 3 Maschinengewehre in unsere Hand.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Nördlich von Focjani gelang es uns, auf dem linken Putna-Ufer Fuß zu fassen.

Zwischen Focjani und Fundeni zwangen wir den geschlagenen Gegner, seine Stellungen hinter der Putna aufzugeben und hinter den Sereth zurückzugehen. 550 Gefangene wurden eingebracht.

An der Rinnick-Sarath-Wandung hielten wir im Angriff erzwungene Fortschritte gegen mehrere feindliche Vorstöße.

Mazedonische Front.

Nächtliche Angriffe an der Struma wurden abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

WB. Berlin, 10. Jan., abends. (Amlich.)

An der Westfront stärkeres Feuer nördlich der Ancre.

In Rumänien Lage im allgemeinen unverändert.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 10. Jan. (WB.) Amlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen der Putna-Wandung und Focjani wurde der Feind hinter den Sereth zurückgeworfen. Beiderseits der Sufita veruchten Russen und Rumänen, sich des Grundes unserer Truppen durch opferreiche Gegenangriffe zu erwehren. Ihre Anstrengungen blieben erfolglos. Neuerlicher Raumbelust und eine Einbuße von 900 Gefangenen und 3 Maschinengewehre waren dort für den Feind das Ergebnis der beiden letzten Kampftage. Weiter nördlich der den k. u. k. Truppen keine besonderen Begebenheiten.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts zu melden.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: von Höfer, Feldmarschalleutnant.

Französischer Bericht.

Paris, 10. Jan. Amlicher Bericht von gestern nachmittag: Nördlich der Dife unternahmen die Deutschen nach lebhaftem Bombardement gestern gegen Ende des Tages erfolglos einen Handreich gegen unsere Gräben nördlich von Ribecourt. Auf der nördlichen Front ruhige Nacht.

Abendbericht: In der Champagne Patrouillengefächte westlich von Navarin. Im Elsaß zerstörte unsere Artillerie in der Gegend zwischen Rhein-Stanal und Rheu einen feindlichen Monitor und ein feindliches Materiallager bei Althut. Von der übrigen Front zeitweilig unterbrochenes Artilleriefeuer.

Belgischer Bericht: Beiderseits Artillerietätigkeit auf der gesamten belgischen Front von Peroye über Dignamiden bis südlich von Steenstraete.

Bulgarischer Bericht.

Sofia, 10. Jan. Amlicher Heeresbericht von gestern. Mazedonische Front: Englische Kompanien veruchten im Nordteil der Ebene von Seres gegen Sarakli-Dechumaja und deren Umgebung vorzurücken. Wir vertreiben sie durch Artilleriefeuer. An gewissen Punkten der Front spärliches Artilleriefeuer von beiden Seiten und helleinweise vereinzelte Schüsse des Feindes. — An der Ankre Front: Ein feindlicher Monitor veruch, den linken Arm aus die Stadt Tulcea. Wir vertenken durch Artilleriefeuer ein feindliches Transportschiff westlich von Tulcea.

Türkischer Bericht.

Konstantinopel, 10. Jan. Amlicher Heeresbericht von gestern. An der persischen Front hatten die Verteidiger von Dewlet Abad, die sich zum Teil aus persischen Freiwilligen zusammensetzten, die Stadt vor einigen Tagen befehlsgemäß aufgegeben, worauf sie von den Russen besetzt wurde. Durch einen in der Umgebung von Dewlet Abad unternommenen Angriff verjagten wir den Feind wieder aus der Stadt, der über 500 Mann verlor. Er entziff nach Nordwesten und Südosten. Wir machten 18 Gefangene. An der Kaukasusfront unternahm unser linker Flügel einen glänzlich verlaufenen Heberfall auf die Russen. Wir verfolgten den Feind bis in seine Unterstände. Er verlor 15 Tode und Verwundete. Außer einer Menge Bomben und Kriegsmaterial erbeuteten wir für uns interessante Dokumente. Kein wichtiges Ereignis auf den übrigen Fronten.

Sonstige Kriegsnachrichten.

General v. Schwarzkoppen †.

Berlin, 10. Jan. Der Berliner „L.A.“ schreibt: Der heute nacht im 67. Lebensjahre hier verstorbenen General v. Schwarzkoppen spielte 6 Jahre lang als Militär-Mitglied in Paris eine hervorragende Rolle; sein Name wurde im Dreyfuß-Prozess oft genannt. Im Jahre 1898 war er einer der deutschen Delegierten zum Haager Friedenskongress.

General Jekow im deutschen Hauptquartier.

Sofia, 9. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Meldung der bulgarischen Telegraphen-Agentur. An zuständiger Stelle wird berichtet, daß der bulgarische Generalissimus Jekow, der in Begleitung des Kronprinzen Boris zu einem kurzen Aufenthalt im deutschen Großen Hauptquartier weilte, wo er von Kaiser Wilhelm in längerer Audienz empfangen wurde und längere Besprechungen mit Hindenburg, Ludendorff, dem stellvertretenden österreichisch-ungarischen Heereskommandanten Erzherzog Friedrich und dem Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabs, Conrad von Höhendorff, hatte, mit dem Ergebnis seiner Kommission sehr zufrieden ist. Er berichtete dem König Ferdinand darüber in Bad Nyften.

Cadorna im Abschied eingekommen?

Berlin, 9. Jan. Laut schweizerischen Blättern ist aus Aussagen der Militärkritiker in der französischen Presse ungewiss, ob Cadorna sein Abschiedsgesuch dem König eingereicht hat.

Ausdehnung der Dienstpflicht in Italien.

Lugano, 10. Jan. Ein Erlass dehnt die Landsturmpflicht, die bisher mit dem 30. Lebensjahre endete, bis zum 41. Lebensjahre aus und ordnet an, daß sämtliche Dienstpflichtige vom Jahrgang 1881 an, einerlei ob kampffähig oder nicht, in der Kriegszone verwandt und ihre bisherigen Posten im Innern durch ältere besetzt werden.

Senat und Kammer in Frankreich. — Interpellationen.

Paris, 10. Jan. (W.B. Nicht amtlich.) Lyoner Blätter melden aus Paris: Der Senat wählte Dubost zum Präsidenten, die Senatoren Voivin, Champeaux, Saint Germain und Chautemps Regimentslot zum Vizepräsidenten.

In der Kammer wurde der vorjährige Präsident Deschanel mit 308 von 359 Stimmen wiedergewählt. Zum Vizepräsidenten wurden die Deputierten Abel, Monestier, Rene Demout und Violet gewählt.

Der Deputierte Alexander Blanc reichte einen Interpellationsantrag über die politische Zensur ein, die trotz des Versprechens der Regierung, sie abzuschaffen, unverändert besteht und genau so willkürlich gehandhabt werde, wie zuvor.

Die radikal-sozialistische Kammergruppe beschloß, die Regierung aufzufordern, vor dem Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten genaue Erklärungen abzugeben, welche Maßnahmen getroffen worden seien, um Verungung für die Ereignisse am 1. Dezember in Athen zu erhalten und ihre Wiederholung unter allen Umständen zu verhindern.

Der Getreidemangel in England.

London, 9. Jan. Informationen über Getreide werden offiziell nicht mehr ausgegeben.

Eine Guildhall-Rede Lloyd Georges.

Amsterdam, 10. Jan. (W.B. Nicht amtlich.) Einem hiesigen Blatte wird aus London gemeldet. Man erwartet, daß Lloyd George am Donnerstag in der Guildhall eine wichtige Erklärung abgeben werde.

Wilson's Dank an die Schweiz.

Washington, 10. Jan. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung des Reuterschen Büros. Präsident Wilson dankte dem schweizerischen Botschafter persönlich für das Angebot der Schweiz, die Note Wilsons zu unterstützen.

Die Entente-Note an Wilson.

Wien, 10. Jan. Die „Köln. Bg.“ meldet aus Amsterdam: Marcel Hutin schreibt im „Echo de Paris“: Die Ueberzeugung der Verbandsnote an Wilson steht bevor. Das Schriftstück werde außergewöhnliches Aufsehen erregen.

Ministerwechsel in Rußland.

W.B. Petersburg, 10. Jan. (Nichtamtlich.) Meldung der Pet. Tel.-Ag. Ministerpräsident und Verkehrsminister Trepow, sowie Unterrichtsminister Graf Ignatjew sind in den Ruhestand versetzt worden. Senator und Mitglied des Reichsrates Fürst Golizyn ist zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Senator Kulschitschky ist mit der Führung des Unterrichtsministeriums betraut worden. Der Gehilfe im Ministerium des Innern, Kerasow, ist zum Mitglied des Reichsrates ernannt worden.

Der Militär-Trepows noch kaum anderthalbmonatlicher Tätigkeit als Ministerpräsident läßt einen Schluß auf die innerpolitischen Zustände Rußlands zu, über die man in der letzten Zeit allerhand gehört hat. Offenbar ist dieser Militär-Trepows eine Reaktion auf die Vorgänge in der Duma. Jegndwischen bedeuten den Einfluß auf die Kriegslage dürfte der Ministerwechsel nicht haben.

Militärische Leistungen der Vereinigten Staaten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika stehen in einer geradezu gigantischen Umgestaltung ihres Flotten- und Heer-

wiens. Untere Tageszeitungen füllen sich daher von Zeit zu Zeit mit eingehenden Berichten über die grandiosen Flottenrüstungen und über die grundlegenden Reformen des Heerwesens der Union. Das Schlagwort von der „Reparadee“ — von der nationalen Bereitschaft — hält in amerikanischen Blättern wider. Wir erinnern nur an die jüngste umfassende militärische Propaganda der amerikanischen Presse für das Bereitschaftsprogramm der amerikanischen Regierung. Unter der stürmischen Agitation großer führender Blätter einigten sich schnell die gemeinsamen Ausschüsse für Heeres- und Marine-Angelegenheiten der beiden Häuser auf die Forderung: das Komitee für die Armee-Bewilligung hat eine Mill. auszuarbeiten, die für Heereszweck 267 596 530 Dollars in den Etat stellt, und das Marine-Komitee sieht in dem vorläufigen Marine-Etat eine Summe von 315 826 843 Dollar für den Bau von 157 Kriegsschiffen vor.

Diese Massenpropaganda für die „Bereitschaft“ führte in der Union zu einer antimilitaristischen Bewegung, die namentlich in der amerikanischen Arbeiterschaft wurzelt. Es bildete sich dort ein „Komitee für wirkliche Bereitschaft“ unter dem Vorsitz Mr. A. Winchot's, das bereits zahlreiche Vortragszyklen über die wohlstandserstörenden Wirkungen des Militarismus in den größeren Industriezentren des Ostens abgehalten hat. Diese Bewegung hat zunächst nur eine symptomatische Bedeutung; als Massenkraft gegenüber der lebhaften Mitleidensagitation der Militärlieferungsfabrikanten kommt sie nicht in Frage. Die Union arbeitet sich eben zu einer militärischen Großmacht empor. Und auf diese haben wir unser Augenmerk zu richten. Haben doch die Vereinigten Staaten, schon bevor sie in die Bahn einer militärischen Machtpolitik eintraten, strategische Leistungen vollbracht, die heute noch unsere Bewunderung erregen. Diese Leistungen sind jetzt fast der Vergessenheit anheimgefallen, und doch müssen sie ernsthaft von allen Politikern gewürdigt werden, die ihren Blick fest auf die realen Machtverhältnisse der Staaten einstellen.

Im Jahre 1874 erdient nämlich von J. Scheibert, Major im k. preussischen Ingenieurkorps, die Schrift: „Der Bürgerkrieg in den nordamerikanischen Staaten“, die die bahnbrechenden Einwirkungen der amerikanischen Waffentaten in diesem Kriege auf die militärische Taktik Europas darlegte.

Der preussische Major Scheibert ist selbstverständlich kein kritikloser Lobredner der militärischen Einrichtungen der Union; aber trotz aller sachlichen Ausstellungen an den militärischen Großtaten dieses Staatswesens, sagt er z. B. von den Leistungen der amerikanischen Artillerie:

„Abgesehen von allen diesen Mängeln muß man den Amerikanern das Verdienst lassen, daß sie die Einführung der schwereren Kaliber die Bahn gebrochen haben und daß, an ihre Erfahrungen gelehrt, sich das europäische Geschützsystem aufbaute, welches allerdings die Konstruktionen jener Zeit weit überliefert hat. . . . Vor allem erkaunte man über die Bewaffnungen, welche sie im Mauerwert des Fort Sumter anrichtete, und zwar aus Entfernungen, welche bis dahin gar nicht in Betracht gekommen waren. Diese Erfolge der schweren Artillerie mußten natürlich die letzten Zweifel über die Wirksamkeit der großen gezogenen Kaliber zerstreuen und Artillerie und Festungswesen auch in Europa in neue Bahnen lenken.“

Ueber das Ingenieurwesen führt er aus, nachdem er hervorgehoben hatte, wie der Mangel an Materialien (Mangel einer Eisenindustrie im Süden) die Entwicklung des Ingenieurwesens gegenüber den fulminanten Angriffen der nordstaatlichen Artillerie erschwerte:

„Aber dennoch finden wir bei den Südländern vieles, was die Ingenieure aller Länder zur Nachahmung zwang und manches noch heute (also 1874, drei Jahre nach dem deutsch-französischen Kriege) zum Nachdenken auffordert.“

Ueber die maritime Entwicklung der Union in diesem Kriege sagt er:

„Die unterseeische Verteidigung und die Torpedos bilden bekanntlich eine sensationserregende Neuerung der technischen Verteidigungsmittel.“

Ueber die vorbildlichen Leistungen der Union äußert sich Major Scheibert folgendermaßen:

„Der Feldpionierdienst wurde in der letzten Periode des Krieges in ganz neuer Form und Ausdehnung verwendet. . . . Der Süden ist ebenso der Lehmziegel der strategischen Defensivlinie, wie er uns in der Taktik das Muster eines Defensivkampfes vorführte. . . .“

Der Reichtum an militärischer Ausbeute, den uns der amerikanische Krieg liefert, ist aber durch die Betrachtung der Truppenfähigkeit noch keineswegs erschöpft, denn noch ist der Gesundheitspflege nicht Erwähnung getan, in welcher der Amerikaner Verwundete rasend und kaum Erreichbares geleistet hat.

Die Organisation unseres ganzen Sanitätswesens, die Details der Einrichtung der Baracken, des Transportwesens, ja auch die der Hospitalbedürfnisse, wie sie sich heute in den europäischen Armeen vorfinden, sind Nachbildungen des amerikanischen unerreichten Modells; deshalb ist nicht nur unser Sanitätscorps, sondern auch jeder einzelne Verwundete den sorgfamen Bemühungen der Wohltäter jenseits des Ozeans verpflichtet. . . . Von allen neutralen Beobachtern wurde die Disziplin der Nordarmee in den letzten Jahren als vorzüglich gelobt.“

Und diese vorbildlichen Leistungen vollbrachte die Union, obwohl ihr fast keine geübte, für den Krieg erzogene Armee zur Verfügung stand. Was an ausgebildeten Offizieren und Mannschaften vorhanden war, stand fast ausschließlich auf der Seite der Südstaaten. Erst der Krieg schuf eigentlich die Armee und die militärischen Führer der Nordstaaten.

Im März 1861 zählte sie (die Flotte der Nordstaaten) 42 in Dienst gestellte Kriegsschiffe mit 7600 Seeluten, am Ende des Krieges, 1865, zählte sie 671 Kriegsschiffe, darunter 71 Kanzerchiffe, 37 große Dampfer mit säkaren Dohlgren-Geschütz und 121 nur zu Transportzwecken zu brauchende Segelschiffe.

Alle die hier angeführten Tatsachen sollten sich gerade die sorgfamen Kriegsvölker in unserem Volke fest einprägen, die eine Verwicklung der Union in den Weltkrieg auf die leichte Achsel nehmen. Ihnen wäre eine recht eingehende Beschäftigung mit den militärischen Leistungen der Union in früheren Kriegen sehr dienlich.

Aus der Partei.

* 13. Reichstagswahlkreis (Wetzlar—Oppingen—Sinsheim—Wiesloch—Philippsthal). Die Vertrauensleute und Kassierer der Mitgliedschaften werden dringend ersucht, die Abrechnung vom 3. Quartal 1916/17 bis 15. Januar 1917 einzuliefern. Die Abrechnungsformulare sind mit der Soz. Parteikorrespondenz Nr. 77 vom 30. Dezember verandt worden. Ferner werden diejenigen Mitgliedschaften aufgefordert, welche ihre Kalender noch nicht abgerechnet haben, dieses sofort zu tun. Die Kreisleitung hat noch einen kleinen Resten Kalender für das Jahr 1917 zur Verfügung; die Mitgliedschaften wollen etwa noch veraltete Kalender sofort bestellen. Die Kreisleitung: W. H. Staiber, Bruchsal, Talstr. 13.

Ebert über die Situation der Partei.

C. B. Berlin, 9. Januar 1917.

In einer trotz dem Schneesturm gut besuchten Versammlung des Vereins „Vorwärts“ sprach gestern abend der Vorsitzende des Parteivorstandes, Reichstagsabg. Genosse Fritz Ebert. Er wies zunächst auf die Ablehnung des Friedensangebots durch den Reichsmittelverband hin. Sollte die deutsche Regierung ein so ernstes und offenes Friedensangebot ablehnen, so würde die deutsche Sozialdemokratie sich für verpflichtet gehalten haben, den schärfsten Kampf gegen eine solche Regierung zu eröffnen. Der Reichsmittelverband aber will entgegen der Friedenssehnsucht aller Völker, daß der Krieg und seine Leiden fortdauern. Die Ursachen des Krieges liegen in den großen wirtschaftlichen Gegensätzen, die Verantwortung für alle künftige Menschenschlächerei aber lastet unabweisbar auf dem Reichsmittelverband, dessen Eroberungsziele der Armeebefehl des Zaren deutlich und klar ausdrückt. Von der deutschen Regierung erwarten und verlangen wir, daß sie nichts unversucht lasse, um Wilsons Friedensentwurf zu unterstützen. (Zustimmung.) Auf keinen Fall dürfen unsere Beziehungen zu den Neutralen beeinträchtigt werden, mit denen wir uns im Friedenswillen vereint fühlen. Die Beziehungen zu ihnen müssen noch gestärkt werden. (Beifall.)

Wir halten fest an der Politik des 4. August. Noch schlimmer als der Krieg würde die Niederlage sein. Vor allem im Interesse der Arbeiterschaft müssen wir unser Land verteidigen. Wir bekämpfen aber auch alles Krafteinertum und arbeiten für Vernunft und Verständigung. Wir begrüßen es mit Freuden, daß auch die Verhandlungen des französischen Sozialistenkongresses, die Beschlüsse des französischen Gewerkschaftskongresses und die Versicherungen der englischen Arbeiterführer Snowden und Jowett einer Wandel in der Richtung unserer seit Kriegesbeginn betriebenen und weiter fortgeführten Bestrebungen beweisen. (Beifall.)

Darauf kam Ebert auf die vergiftenden Treibereien einer unverantwortlichen und rechtsüberstürzigen Opposition in der Partei zu sprechen. Die Sonntagliche Reichs-Sonderkonferenz kann nur als offener Mißbrauch von Parteiorganisationen und Parteimitteln zur Parteispaltung, als die Ersetzung der Organisation durch die Anarchie erklärt werden. Dieselben Leute, die der Reichskonferenz die Zuständigkeit bestritten, setzen eine einseitig zusammengesetzte Sonderkonferenz als Tribunal ein. In den der Sonderkonferenz mit zu Grunde gelegten Spartakus-Beispielen wird Durchführung der Sonderorganisation zur Bekämpfung und Durchführung der Politik der Partei bis zur Einsetzung einer Zentralbehörde mit eigenen Mitteln, Beitragsperre, Gegenkandidaturen oder Stimmenthaltung bei allen Wahlen und Kampf gegen die Gewerkschaftsleitungen von innen heraus gefordert (Stürmische Rufe, hörl!) — und das in einer Zeit ungeheurer gesteigerter Kapitalmacht. Der Lebensruhr der Arbeiterklasse soll vernichtet werden, um die Herrschaft und Reichthümer Einzelner zu befriedigen. (Sehr wahr!) Daran ändert keine adulatorische Rebutistik etwas. Das ist die logische Folge der lange vorbereiteten und provokatorisch heraufbeschworenen Reaktionshaltung. Die Partei wird diese unerhörte Provokation gewiß so behandeln, wie es die Interessen der deutschen Arbeiterklasse gebieten. (Beifall.) Wenn bis vor einiger Zeit vielleicht noch die Opposition sich auf angebliche Anzessionsabsichten berufen konnte, so muß doch jetzt nach der Antwort auf das Friedensangebot jedermann erkennen, daß Deutschland am sein Leben, daß es für den Frieden kämpft. Aber unsere Opposition betätigt einen Wortradikalismus, den die Partei schon längst überunden hatte und über den sich schon der alte Lieblinck anfangs der 90er Jahre in köstlicher Weise lustig gemacht hat.

Die Partei befindet sich in einer bitter ernsten Situation, aber trotzdem wird die deutsche Sozialdemokratie festen Schrittes und voller Zuversicht ihren Weg gehen zur Sicherstellung der Arbeiterklasse für die Zukunft. — Nachdem Ebert dann kurz die ungeheuren Aufgaben skizzierte, die vor denen die Partei am Ende des Krieges stehen wird, schloß er mit einem Appell an die Parteimitglieder zu unablässiger Arbeit. Die Zeit ist mit uns, die Zukunft ruht bei der Arbeiterklasse. Nicht Selbsterzerei, sondern eine das Vertrauen des Volkes gewinnende und sich erhaltende Politik müssen wir betreiben, um den Sieg des Sozialismus vorzubereiten! (Lebhafte Beifall.)

Zur Reichskonferenz der Parteioptionen

bemerkte die „Dresdener Volkszeitung“:

„Das Maß ist voll! Es erscheint uns ausgeschlossen, daß die Gesamtpartei sich weiter geblüht mit den organisierten Spaltungsbestrebungen abfinden kann. Soll nicht die deutsche Arbeiterbewegung der völligen inneren Zermorschung und Zerrüttung verfallen, so muß den Arbeitereigenschaften und Spartakusleuten gesagt werden: Wenn alle persönlichen Worte nichts genutzt haben, wenn ihr eine eigene geschlossene Organisation wollt, so kann das nur geschehen außerhalb der Gesamtpartei der deutschen Sozialdemokratie. Wer eine Sonderorganisation gründet, stellt sich ohne Zweifel selbst außerhalb der Gesamtpartei. Wohin sollte eine Partei kommen, wenn es gestattet wäre, derartige Sonderorganisationen zu gründen. Die Opposition hat bereits zwei oder drei solcher Sonderorganisationen. Das müßte, wenn es gebildet würde, zur inneren Auflösung des ganzen Parteikörpers führen.“

Wenn schon der „Dresdener Volkszeitung“ der Geduldsfaden reißt; dann muß das Maß allerdings zum Überlaufen voll sein. Jetzt kann es nur noch eine Parole geben: „Am Anfang war die Tat!“

Parteidifferenzen in Wien.

Wien, 8. Jan. In den Wiener Bezirken finden jetzt Versammlungen mit der Tagesordnung: „Die Friedensvorschläge und die Sozialdemokratie“ statt. Nach dem Referat, das in der Versammlung des Bezirks Gerners (Wien XVII) Hr. Volkert hielt, richtete der Bildungswart der Jugendlichen des Nachbarbezirks Charing (Wien XVI), Moritzler, heftige Angriffe gegen die Haltung der Partei. Eine Anzahl jugendlicher hatten schon das Referat gestört, bis ihnen Volkert — übrigens ein geborener Württemberger — zurief, sie sollten sich schämen, eine Friedensversammlung zu führen. Beim Schlußwort des Referenten wurde der Strauch recht arg.

Der Hungerkrieg gegen England.

In richtiger Erkenntnis der Tatsache, daß ein Krieg im Umfang des gegenwärtigen nicht so leicht durch militärische Machtmittel allein entschieden werden kann, hat England von vornherein den Hungerkrieg gegen Deutschland ins Werk gesetzt. Als der damalige Minister Churchill sein berichtigtes Wort von dem Anbel sprach, der langsam aber sicher bis auf das Herz wirke, da lief ein Frösten wohl durch die ganze Kulturmannschaft, und durch Deutschland ging der Schrei, England führe den Krieg nicht bloß gegen Männer, sondern auch gegen Frauen und Kinder. Seitdem hat man gelernt, sich auch an das zu gewöhnen, was vor drei Jahren noch als Unvorstellbares schien. Und wir diskutieren über den Hungerkrieg so unfeindlich und unschädlich, wie wir heute zum Beispiel auch über Luftangriffe und giftige Gaswellen sprechen. Die einzige Frage, die interessiert, ist die: Was wird durch die Anwendung solcher Mittel für den Erfolg aus, das jetzt die einen, die Erfolgsmoglichkeiten radikaler und grausamer Kriegsmittel ebenso übersehen, wie die andern gewor — in Verkennung des Wesens des Krieges, der nun einmal grausam und unerbittlich ist — die sittliche Bedenksamkeit solcher Methoden aufs allerstarfste empfunden hatten. Niemand will glauben, daß es nach den abgestumpften Erfahrungen eines entsetzlichen und langen Krieges noch nötig sei, gegen Sentimentalität zu eifern, die sich dem Erfolg der Kriegsführung in den Weg stelle. Desto notwendiger ist es, die Ueberhebungen jener zurückzuweisen, denen ein Mittel desto unfeindlicher erscheint, je mehr es gegen die vom Frieden hergebrachten Vorstellungen von Menschlichkeit verstößt.

Was durch einen Hungerkrieg erreicht werden kann, sehen wir an uns. Niemand spottet mehr über das Wort Churchill, als ob die Abschneidung von der See, die Unterbindung jeglicher Nahrungsmittelfuhrer von Uebersee für uns nichts bedeute. Wir haben die Wirkung dieses Anebelts am eigenen Leibe kennen gelernt. Aber ist der militärische Erfolg der Mittelmächte durch die ihnen von England auferlegte Hungerkur irgend wie beeinträchtigt worden? Oder ist etwa im Lande trotz aller militärischen Erfolge eine solche Notlage eingetreten, daß die Regierung genötigt wäre, einen Frieden um jeden Preis zu schließen? Die Antwort kann man in der Resolution der sozialdemokratischen Minderheit nachlesen, die doch gewiß kurrapatriotischer Reigungen unbedenklich ist. Dort steht zu lesen, daß auch jetzt, nach zweieinhalbjahrigem Hungerkrieg, von der Regierung nicht verlangt werde, daß sie Frieden um jeden Preis schließen solle.

Was England gegen Deutschland in 2 1/2 Jahren nicht erreicht hat, wird Deutschland gegen England in ebenso langer oder noch längerer Zeit auch nicht erreichen. Nach der Meinung derer, die den unbeschränkten Hungerkrieg gegen England predigen, sollte ja die Frist von wenigen Wochen oder Monaten genügen, um England in die Knie zu zwingen. Das ist gewiß nichts anderes als blühende Kriegshantase. Deutschland hat vor England den Vorteil einer weit größeren eigenen Landwirtschaft voraus. Es verfügt über weit zusammenhängende Landertrecken, aus denen es seinen Nahrungsmittelbedarf herbeiholen und, wenn es sein muß, zusammencharren kann. Auf englischem Boden wächst

wenig. Und der größte Teil der Nahrungsmittel muß über See herangeholt werden.

Auf der andern Seite funktioniert die englische Abperrung Deutschlands in einer Weise, wie sie von der deutschen Abperrung Englands in keinem Falle, auch nicht durch die Anwendung der allerstarfsten Mittel, erreicht werden könnte. Das Sprichwort: Not macht erfindlich, gilt eben auch hier. Und ebenso gilt dann erst recht das alte Romertum, daß die Schiffe notwendig ist, das Leben oder nicht.

Die psychologischen Wirkungen einer bis aufs äußerste eingeschränkten Ernährungsweise machen sich heute schon nicht nur beim deutschen Volke, sondern auch bei den feindlichen Völkern bemerkbar. Nicht nur uns, sondern auch ihnen hat der Krieg einen Zustand gebracht, der von Hungernot nicht mehr weit entfernt ist.

Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion infolge von Menschen- und Materialmangel in Verbindung mit den Wirkungen des deutschen Unterseeboot-Kreuzer-Krieges hat das Seinige getan. Dazu kommt das allgemeine Verfall der Weltarbeit. Aus Nordamerika, Argentinien, Indien und Australien lauten die Nachrichten gleich ungunstig. Auch der englische Ministerpräsident Lloyd George hat in seiner Antrittsrede auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich aus dieser Misere für die Kriegsführung der Gegner ergeben. Zeit und Umstände erlauben es uns nicht, das Migeschick unserer Gegner zu bedauern, wenn auch unter ihm wie hier bei uns selbst Frauen und Kinder mitleiden müssen. Wir verkennen nicht die friedensfordernden Wirkungen, die sich aus den Ernährungsschwierigkeiten aller Länder ergeben. Wir verkennen sie nicht, aber wir urschagen sie auch nicht. Solange nicht diese Schwierigkeiten in einem Lande dazu führen, daß die Massen tatsächlich nicht mehr wissen, woher sie den allernotwendigsten Lebensunterhalt für den nächsten Tag nehmen sollen, solange die Massen nur einen wohl schwachen, aber immer noch körperlich erträglichen Mangel erleiden müssen, während sich die wohlhabenderen und einflureicheren Kreise immer noch eines gewissen verhältnismäßigen Wohllebens erfreuen dürfen, solange werden die Ernährungsschwierigkeiten nur ein Faktor jener Erwägungen bleiben, in denen zwischen Krieg und Frieden entschieden wird, aber als einzig allein maßgebende und ausschlaggebende Kraft werden sie nicht wirken können.

Es besteht zweifellos die Möglichkeit, die Not, unter der England leidet, durch eine Verschärfung des Hungerkrieges zu vermindern. Aber das England, das, von allem Notwendigen entsetzt, vom Hunger zerwurmt auf die Knie sinkt, um Deutschland um Frieden anzuflehen, ist eine Phantase.

Und so e — die Frage, ob die Vorteile, die Deutschland von einer Verschärfung des Hungerkrieges gegen England zu erwarten hat, so groß sind, daß die Nachteile, die sich aus ihr ergeben würden, mehr als wettgemacht würden. Es entsteht die Frage, ob der in Aussicht gestellte Erfolg wertvoll genug ist, um die Aufhebung der mit Neutralen getroffenen Vereinbarungen, die Heranziehung bisher unselbstständiger Mächte in den Weltkrieg auf der Seite unserer Gegner zu rechtfertigen.

Diese Frage kann nach unserer Ueberzeugung bei ruhiger Erwägung unter gänzlicher Ausschaltung sogenannter „sentimentaler“ Bedenken nicht anders als mit nein beantwortet werden.

Ausland.

Polnisches.

Der deutsche Polizeipräsident in Warschau hat folgende Bekundmachung erlassen, die ein großes Licht auf die dort herrschenden Zustände wirft:

„Alle Personen, die in den Straßen der Stadt Warschau so geklumpert oder beschumt oder verlaunt angetroffen werden, daß ihr verabschloter Zustand geeignet ist, öffentliches Vergehen zu erregen, werden in Zukunft in Haft genommen, dort unter Absehung des Haupt- und Vorhaures entlausht und nicht eher wieder entlassen werden, als bis sie ihre Kleider gereinigt und in ordnungsmäßigen Zustand versetzt haben. Die dadurch entstehenden

für diesen Anspruch ist einer der französischen Grenadiere, die nach der Besetzung des phantasiereichen französischen Journalisten Rougemont in der Schlacht bei Waterloo den Ausruf des Generals Combrone gehört haben sollen: „Die Garde stirbt und ergibt sich nicht.“ Der General hat, wie er selbst ausdrücklich erklärt hat, diesen Anspruch nicht getan den offenbar Rougemont erfunden hat. Da Romatowski in den Fluten der Elster seinen Tod gefunden hat, war er nicht in der Lage, den ihm zugeschriebenen Anspruch in Abrede zu stellen.

Feldgranes Bolapul. Aus dem Felde wird geschrieben: Der „Erfag“, der aus der Heimat in die Front kommt und dort das vielgestaltige Leben und Treiben des Feldheeres kennen lernt, hat es nicht leicht, sich in die „Geheimnisse“ hineinzufinden, die ihn sofort umgeben, denn das Leben im Graben stellt sich ihm doch gewaltig anders dar, als das in der Garnison. Allein schon die Soldatensprache, die der große Krieg geboren hat, bereitet ungeahnte Schwierigkeiten. Und jenseit davor auch ichon geschrieben sein mag, immer wieder tauchen Schwierigkeiten auf, die von dem Sumor unserer Feldgrauen ein heredites Zeugnis ablegen. Der Urlauber, der „zur Wiederherstellung der Gesundheit“ (B. W. f. G. heist es auf seinem Schein) in die Heimat reist, teilt den Wohnungslosen daheim ganz ernsthaft mit, die Buchstaben besagten „zur Wonne der Gattin.“ Auch muß er zum „Schneuzenmonteur“ oder zum „Gebihlentruner“, um sich sein Gebihl nachsehen zu lassen. Da er aber die „Hobelspäne“ (die Unteroffiziersstreffen) bekommen hat, nimmt er Veranlassung, mit guten Freunden das „Gewehr über zu nehmen“ zu trinken), und wenn er dabei auch „durch das Scherenferrohr sehen“ muß (d. h. aus der Flasche trinken). Wer lange im „Seldenteller“ (im Unterland) hausen mußte, wird sich in der Heimat nun „aalen“ (sich wohl fühlen), denn die „Luft ist dort nicht so eisenhaltig“. Die „Zulpe“ (der Helm) wird natürlich in die Ecke gestellt, das „Korsett mit dem Büchsen-offner“ (Stoppel mit Seitengewehr) an den Nagel gehängt. Das weiche Daunentbett ladet zum „Kofken“ (schlafen) ein und er fühlt sich wohl, selbst wenn er an „Brustbeutelschwindsucht“ (Geldnot) leidet. Gute Freunde haben für ihn immer eine Zigarre bereit, die gut schmeckt, auch wenn sie eine Marke Handgranate (anzünden und wegwerfen) oder Marke Gasangriff sein sollte. Schließlich genügt ja auch die „Soldaten-schokolade“ (der Kautabak). Einem Kameraden, seines Zeidens „Wauwanleutnant“ (Sanitatsfuhrer) erzählt er, daß er von der „Dunnduffkapone“ (dem Hochdruckgewehr)

Kosten werden durch Auferlegung von Zwangsarbeiten gedeckt werden.

Sozialdemokratische Erfolge bei den schwedischen Stadtverordnetenwahlen.

St. Stockholm, 9. Jan. Die schwedische Sozialdemokratie hat bei den jetzt beendigten Stadtverordnetenwahlen sehr gute Erfolge zu verzeichnen, indem sie 40 neue Mandate wieder erobert konnte, wodurch die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten in Schweden auf 212 stieg. Die Rechte gewann 16 neue Mandate (nunmehr 678 Stadtverordnete), wogegen die Liberalen 38 Mandate (jetzt 263 Stadtverordnete) verloren haben. In bezug auf die Wahlerzahl ist die Rechte die größte Partei, mit 54 300 Wählern gegen 41 500 im Jahre 1912. Danach folgt die Sozialdemokratie mit 45 200 Wählern gegen 31 800 des Jahres 1912 und schließlich die Liberalen mit 29 700 (1912: 27 600) Wählern. Während die Wahlerzahl der Rechten um 30 Prozent und die der Liberalen um kaum 8 Prozent stieg, nahm die der Sozialdemokratie um fast 45 zu. Das für die Arbeiterklasse Schwedens in hohem Grade unvorteilhafte Wahlsystem, wonach ein Wähler bis 40 Stimmen haben kann, wird von den Wahltabellen klar beleuchtet. Während die Sozialdemokratie 35 Prozent der Wähler mustern konnte, erklärte sie nur 19 Proz. der Mandate, die Rechte dagegen erhielt 60 Proz. der Mandate, trotzdem sie nur 42 Proz. der Wähler stellt. In den größeren Städten — Stockholm wählte diesmal nicht — konnte die Sozialdemokratie drei Mandate in Göteborg und ein Mandat in Malmö neu erobert.

Die schwedische Sozialdemokratie, die bei diesen Wählen fast einen Stimmenruckgang befürchtete, hat sich nicht nur behauptet, sondern einen guten Schritt vorwärts getan. Wegen der großen Steuererleichterungen nämlich viele Arbeiter ihre Steuern nicht entrichten, wodurch ihr Stimmrecht verloren ging. Andere Wähler mit vielen Kindern erhielten eine Steuerherabsetzung bewilligt, die aber auch eine Herabsetzung ihrer Stimmzahl zur Folge hatte.

Oesterreichische Unternehmerrgewinne während des Krieges.

Während des abgelaufenen Jahres sind von 60 Aktiengesellschaften in Oesterreich Kapitalerhöhungen in einer Höhe von 260 Millionen Kronen vorgenommen worden. 51 andere industrielle Aktiengesellschaften vermehrten ebenfalls ihr Grundkapital um 134 Millionen Kronen. Die Industrie im allgemeinen hat während des Krieges einen großen Aufschwung ihrer Tätigkeit aufzuweisen. Besonders ist es die Maschinenindustrie, die auf eine ergiebige Wirkungsleistung zururckblicken kann. Stark profitiert haben aber auch die Textilindustrie, die Kohlenindustrie und die chemische Gruppe. Eine rasche Entwicklung in der Richtung hoher Gewinne haben auch die Banken durchgemacht. Bei folgenden Banken haben im abgelaufenen Jahre Kapitalerhöhungen stattgefunden (um Millionen Kronen): Wiener Unionbank 30, Anglobank 30, Kredit-Anstalt 20, Merkur 10, Wiener Kommerzbank 19, Boden-Kredit-Anstalt 9, Verkehrsbank 8, Depositenbank 7, Deutsche Agrarbank 2.

Rumänische Kriegsausgaben.

Nach einer Mitteilung des rumänischen offiziellen Blattes „Independance Roumaine“, erreichen die Kriegsausgaben Rumäniens die Höhe von einer Milliarde und einer Million Franken, die bisher durch die Enterte gedeckt wurde. Nun aber ist Rumänien gezwungen, selbst auf die Suche nach Geldmitteln zu gehen und daher fordert auch die Regierung das Volk auf, die Kriegsausgaben zu zeichnen. Gleichzeitig jedoch setzt der französische Finanzminister auf eine Verlangung des Königs hin Banknoten im Betrag von 400 Millionen Franken in Umlauf.

Deutsches Reich.

Parlamentsarbeit im Januar.

Als erster der Reichstagsausschusse trat am 9. Januar der Ausschuss zur Prüfung der Kriegslieferungsverträge wieder zusammen. Er wird zunächst die Grundsätze prüfen, die für die einzelnen Verwaltungen beim Abschluß von Lieferungsvertragen maßgebend waren. Aber auch besondere Einzelstulle werden unterzucht werden. Mitte Januar wird voraussichtlich der Hauptausschuss des Reichstags zur Beratung von Fragen der auswärtigen Politik sich versammeln. Auch der Reichstagsausschuss für den vaterländischen Hilfsdienst wird in diesen Tagen seine Tätigkeit wieder aufnehmen.

zu den „Marmeladenwerken (M — Minenwerfer) verlegt worden ist. Gegen Mittag jagt er zu seiner Frau: „Kann ich das „Schanzzeug“ (das Ebested) schon herholen? Ich habe mächtigen „Kohldampf“ (Hunger), denn zum Frühstück gab es nur Brot mit „Kommisbrottschminke“ (Marmelade). Da aber das „Fleisch auf Urlaub“ ist (es gibt an diesem Tage feins), so muß er sich mit „Widelgamajachen“ (Nudeln) oder mit „Unterseebooten mit Handgranaten“ (Seringe mit Kartoffeln) behelfen, und zum Schluß gibt es noch „Negerschweiz“ (Kaffee). Dann wird die Zeitung geholt, damit er die Schilderungen der „Papiergenerale“ (der Kriegsberichterstatler) studieren kann. Aber auch die schönste Zeit geht vorüber und schließlich kommt der Tag, wo er wieder „abhauen“ (weggehen) muß. „Nun gehts wieder ran an den „Damenstleier“ (Drahberbau)! — Wer freut sich nicht mit an der Sprache unserer Feldgrauen, einer Sprache, deren Reichtum ins Groteske geht.

* Ist der Krieg ein Werk Gottes oder Felschubs? Ob der Krieg „Teufelswerk“ oder „Gottesgeheil“ ist, darüber vermögen sich die Frommen trotz neunundzwanzig Monaten Weltkrieg noch immer nicht klar zu werden. Da lese ich in der „Reichspost“ im Neujahresheftbrief der Erzbischofe und Bischöfe Oesterreichs: „... So ist die Kriegsgeheil zunächst eine Zuchtrute Gottes“. ... Christglaubige, ob suldig oder unschuldig: demütig, auch unter die gewaltige Hand Gottes“. „Darum, torichtes Gerede: Gott soll dem Gemekel ein Ende machen.“ Der Krieg wird somit als etwas Notwendiges und Heiliges bezeichnet, als das bewusste Werk Gottes, nicht, wie sonst in der „Reichspost“ zu lesen ist, als das Werk der englischen, russischen und serbischen Weltbrandstifter. Vollends verworren aber muß der Reichsglaubige werden, wenn er in derselben Nummer der „Reichspost“, die den christlichen Neujahresheftbrief veröffentlicht, ein Neujahresgedicht von Schronhamer-Geimdal liest, in dem die entgegengesetzte Theorie verkundet wird:

Der Krieger frommt spricht im Gebet:
O Herr, gib diesem Jahre,
Daß es in deinem Zeichen steht
Und deinen Trost erfahre!
Gib, daß die Menschheit sich zur Brift
Aus allem Haber hebe,
Daß sie, wie's Herrenwille ist,
In lauter Liebe lebe.
Ja, mache du das Wunischen wahr
Und Teufelswerk zunichte!
Denn nennt man dich das größte Jahr
Der „gangen Weltgeheile“!

Unterhaltung und Belehrung

Noch ist Polen nicht verloren. Wenn wir Deutsche eine Sache noch nicht verloren geben wollen, führen wir häufig die bei uns sprichwörtlich gewordene Redensart, „Noch ist Polen nicht verloren“ an. Das Wort „Noch ist Polen nicht verloren“ bildet die Uebersetzung des ersten Verses des polnischen Jod. Dombrowski-Marsches Jeszcze Polska nie zginela dar. Dieser Dombrowski-Marsch, der eines der bedeutendsten polnischen Nationallieder darstellt und dessen Verfasser leider unbekannt geblieben ist, bedeutet die polnische Antwort auf den ihrem heldenhaften Führer Kościusko fälschlich zugeschriebenen Ausruf Finis Poloniae (Das Ende Polens). Die amtliche Sudpreussische Zeitung hatte in ihrer Nummer vom 25. Oktober berichtet, Kościusko sei in der Schlacht bei Maciejowice am 10. Oktober 1794 auf der Flucht in einem Sandhügel stecken geblieben, dort hätten ihm die russischen Kosaken das Pferd unter dem Leibe erschossen und ihn, als er vom Berde herabprang, am Hinterkopf verwundet. Auf vier Stangen sei er dann in das russische Lager gebracht worden, wobei er seinen Säbel abgelenkt und dabei ausgerufen hätte: Finis regni Poloniae. Dieses Wort wurde in der abgekürzten Form Finis Poloniae bald zum geslugelten Wort. Als nun der polnische General Dombrowski im Jahre 1796 unter Bonaparte in Italien eine polnische Legion sammelte, wurde bei dieser zum ersten Male das in Rede stehende polnische Lied gesungen, das unter dem Namen Dombrowski-Marsch zum polnischen Nationalliede geworden ist. Der französische Schriftsteller Graf Louis Philippe de Segur nahm nun ein von ihm im Jahre 1800 herausgegebenes historisches Werk, die Erzählung der Sudpreussischen Zeitung mit dem Kościusko zugeschriebenen Ausruf auf. Daraufhin richtete Kościusko, der nach dem unglücklichen Ausgange der polnischen Erhebung gegen die Russen als politischer Flüchtlings in der Schweiz lebte, an den Grafen am 12. November 1803 einen Brief, in dem er es auf das entschiedenste in Abrede stellte, daß seiner Gefangennahme auf dem Schlachtfelde von Maciejowice den ihm zugeschriebenen Ausruf getan zu haben. Der noch heute als geslugeltes Wort viel gebrauchte Ausruf: Finis Poloniae ist also ebenso unhistorisch, wie es die „letzten Worte“ sind, die de Hilarit Jod. Ant. Romatowski getan haben soll, als er sich am 19. Oktober 1813 zu Leipzig in die Elster stürzte: Gott hat mir die Ehre der Polen anvertraut, ich werde sie nur Gott zururbringen. Der Gewährsmann

Der Zusammentritt des Reichstagsplenums wird für Ende Januar erwartet, wenn nicht besondere Ereignisse ein früheres Zusammentreten notwendig machen. Damit werden auch die übrigen Ausschüsse ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Voraussetzlich wird bis dahin auch der Etat vorliegen, auf dessen rechtzeitige Erledigung Wert gelegt werden muß.

Am 16. Januar tritt auch der preussische Landtag wieder zusammen und am 17. Januar der Unterrichts- und Kultusrat des Abgeordnetenhauses, um den nationalberufenen Dissidentenantrag zu beraten. Ende Januar wird sich der parlamentarische Beirat, der dem Kriegsernährungsamt beigelegt ist, wieder zusammenfinden, um die neuen Wirtschaftspläne Herrn v. Batockis zu erörtern.

Reichstagsauschuss zur Prüfung der Kriegslieferungsverträge

Am Dienstag vormittag trat im Saal I des Reichstags der Reichstagsauschuss zur Prüfung der Kriegslieferungsverträge zusammen. Die Beratungen sind vertraulich; es wird darüber ein amtlicher Bericht ausgegeben werden.

Ist möglich?

In einer Versammlung der bürgerlichen Parteien des Wahlkreises Potsdam-Spandau wurde erklärt, daß der Ertragswahl für Liebesnacht der Bürgerlichen gegenstandslos sei, da nun die Antwort der Sozialdemokraten auf die Anfrage der Konservativen eingetroffen ist, in der Genosse Wels mitteilt, daß von der sozialdemokratischen Partei Genosse Dr. Franz Mehring aufgestellt sei und die Kandidatur angenommen habe. Es wurde allgemein die Ansicht ausgesprochen, daß die bürgerlichen Parteien durch Aufstellung eines Sammelkandidaten Mehring entgegenzutreten müßten, dabei soll es weniger auf die Parteigeborgenheit des Kandidaten, als auf seine persönliche Eignung zum Sammelkandidaten ankommen.

Der „Vorwärts“ drückt diese Mitteilung ohne Gegenbemerkung ab. Wäre sie zutreffend, dann würde das nichts anderes bedeuten, als daß der Kandidat der Spartakusgruppe zugleich Kandidat der sozialdemokratischen Partei ist, d. h. daß die Mehrheit vor der Spartakusgruppe einfach kapituliert. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß dadurch der Wahlkreis an die Gegner verloren geht. Dendrecht aber würde sich bei der Nachwahl in Döbichau-Grimma die sozialdemokratische Partei in die Niederlage der Parteioption teilen und für das Programm des Spartakus kandidieren mit der politischen Verantwortung übernehmen. Besser könnte man der Parteioption allerdings nicht die Krämpfe in die Hände spielen.

Die „Wagenschieber“ des bayerischen Zentrums.

Wie wir bereits berichteten, hat die Zentrumsleitung im bayerischen Kreise Ingolstadt für die dortige Landtagswahl die Aufstellung einer Arbeiterkandidatur abgelehnt. Gegen den von den katholischen Arbeitern vorgeschlagenen Eisenbahner Schürer fiel sogar das Wort: „An könne den Wählern doch keinen Wagenschieber zumuten.“ Wie man jetzt erfährt, hat die Parteileitung Schürer sogar das Ehrenwort abgenommen, daß er nicht als Gegenkandidat des offiziellen Zentrumskandidaten Kroher auftreten werde. In den bayerischen Arbeiterkreisen des Zentrums hat der Fall viel böses Blut gemacht und das Wochenblatt der „Identischen katholischen Arbeitervereine“ protestiert in seiner jüngsten Nummer nochmals „gegen die unbillige Behandlung, wie sie seit Jahren von leitenden Kreisen der Zentrumspartei gegenüber den staatsbürgerlichen Forderungen der Arbeiterschaft in bezug auf Aufstellung von Landtagsmandaten beliebt wurde.“ Dasselbe Blatt berichtet, daß in einer Reihe von Versammlungen die Arbeiterschaft des Kreises Wahlenthaltung beschlossen hat bzw. noch beschließen werde.

Auf die leitenden Zentrumskreise scheint dies jedoch wenig Eindruck zu machen; die bayerische Zentrumspresse mit Ausnahme der Blätter in Augsburg und Nürnberg, ruft die

Die Frommen wollen unfehlbar zu viel auf einmal beweisen. Einerseits: „Judiths Götter“, „gemaltige Hand Gottes“, andererseits: „Zeufelswert“. Das einmal wird das Verlangen, Gott möge dem Gemeinle ein Ende machen, als „dummes Gerede“ erklärt, das anderemal wird Gott in Verien angefaßt, den Krieg zu beenden, damit die Menschheit wieder, wie es des Herrn Wille sei, „in lauter Liebe lebe“. Und das alles in ein und derselben Nummer der „Reichspost“! Wie soll man sich da auskennen? Das sollte doch wenigstens auf zwei Nummern verteilt werden, damit die räumliche Verteilung das Nachdenken über diese Widersprüche erschwere.

Was versteht man unter Bruttoregistertonnen? „Der verjenseite Dampfer war 3200 Bruttoregistertonnen groß“. So und ähnlich kann man täglich lesen. Aber was ist eine Bruttoregistertonne? Man versteht darunter ein reines Raummah; die Bezeichnung Tonne rührt davon her, daß es früher üblich war, das Ladungsvermögen der Handelschiffe durch die Anzahl Fässer (Tonnen) einer bestimmten Größe, die verstaubt werden konnten, auszudrücken. Die fast internationale Einheit ist zurzeit die englische Registertonne, ein Volumen von 100 englischen Kubikfuß oder 2,83 Kubikmeter. Der gesamte innere Rauminhalt des Schiffes, einschließlich der Aufbauten usw., in Kubikmetern ausgedrückt und durch 2,83 geteilt, ergibt den Bruttoregistertonnenwert, oder die Gesamtgröße des Schiffes in Bruttoregistertonnen. Durch Abzug der Wohnräume, Maschinen-, Kessel-, Kabinen- usw. Räume, erhält man den Netto- oder Laderaumgehalt, der im Durchschnitt wenig mehr als 1/3 des Bruttoregistertonnenwertes beträgt; bei kleineren Dampfern würde er etwa 1/20 Registertonnen betragen. Im Gegensatz zu Handelschiffen, deren Größenangabe zweckmäßig durch den Rauminhalt erfolgt, gebraucht man bei Kriegsschiffen ein Bemessungsmah, die deutsche Tonne (t), und spricht von der Wasserverdrängung (Displacement). Man versteht darunter das Gewicht der durch den Schiffsförder verdrängten Wassermenge, die natürlich ebensoviel wiegt, wie das Schiff selbst. Ein Linienschiff von beispielsweise 24 700 t Wasserverdrängung wiegt also 24 700 t zu je 1000 Kilogramm = 24 700 000 Kilogramm.

auffälligen Arbeiter nach Notizen herunter. Die Arbeiter sind im Zentrum eben die — Wagenschieber.

Die Schuldenentlastung nach dem Kriege.

In einer Rede in Hannover hat der Abg. Stresemann dem Bericht der „Nationalzeitung“ zufolge ausgeführt:

„Die aufgehäuften Kriegsschulden werden voraussichtlich im Reich neue Steuern im Betrage von 6-7 Milliarden Mark nötig machen. Dazu kommen neue Steuern in den Bundesstaaten und neue Steuern in den Gemeinden. Man ist sich an den maßgebenden Stellen über zwei Gesichtspunkte klar, darüber nämlich, daß diese Steuern nicht auf die Dauer aufzubringen sind, sondern daß ein Teil der Schulden sofort abgetragen werden muß durch weitgehende Vermögensabgaben — unter Einfluß auch der kleinen Vermögen — im Betrage von 1/4 bis 1/2 des Vermögensbestandes. Man ist sich weiter darüber klar darüber, daß man an den nicht bestehenden Kreisen nicht vorbeigehen kann.“

Daß man sich über letzteres klar ist, unterliegt natürlich keinem Zweifel, der Anfang ist ja auch bereits mit den Tabakabgaben gemacht worden. Neu ist nur die positive Sicherheit, mit der Herr Stresemann die teilweise Konfiskation der Vermögen ankündigt. Würde man sich entschließen können, etwa 75 Prozent der Kriegsgewinne dem Reiche zuzuführen, dann ließe sich schon ein erheblicher Teil der Schulden decken. Den Weg dazu hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion schon bei der Beratung der letzten Steuervorlagen gezeigt.

Soziale Rundschau.

Fliegerangriff — Betriebsunfall. Ueber eine interessante Entscheidung des bayerischen Landesversicherungsamtes berichtet die „Münch.-Ingolstädter Abendzeitung“: Ein Arbeiter wurde in Ludwigschafen auf dem Weg zur Fabrik, in der er im Auftrage einer Baufirma mit Tiefbauarbeiten beschäftigt war, in nächster Nähe der Fabrik von den Sprengstücken einer von einem französischen Flugzeuggewader abgeworfene Bombe getroffen und erheblich verletzt. Der Arbeiter erhob Anspruch auf Invaliditätsgeldung, wurde aber von der zuständigen Berufsgenossenschaft und vom Landesversicherungsamt abgewiesen, weil Unfälle, die sich auf dem Wege zur Arbeitsstätte ereignen, dem Betrieb nicht zugerechnet und deshalb nicht entschädigungspflichtig sind. Auf den Rekurs des Verletzten hin hat das Landesversicherungsamt den Anspruch als berechtigt anerkannt. Es kann ohne weiteres angenommen werden, führt das Rekursergebnis in seinen Entscheidungsgründen aus, daß der damals auf Ludwigschafen ausgeführte Fliegerangriff nicht der Stadt, sondern den dort befindlichen Fabrikanlagen geschuldet ist. Nimmt man das aber an, so ergibt sich hieraus, daß das Gebiet der Fabrik selbst und deren nächste Umgebung am meisten und naturgemäß stärkster gefährdet war als die weiter entfernten Bezirke der Stadt.

Merkwürdig erwiderte sich die Gefährdung auf alle Einwohner von Ludwigschafen, da aber die Gefahr in der Fabrik und in ihrer Nähe am größten war, so wurden von ihr die in der Fabrik weilenden und die auf dem Wege zu ihr befindlichen Arbeiter in weit höherem Grade als die übrigen Einwohner getroffen, und zwar die auf dem Wege befindlichen umso mehr, je näher sie der Fabrik bezugs gekommen waren. Diese Gefährdung der Gefahr ist auf die Betriebe, denen der Angriff geschuldet hat, zurückzuführen und es kann daher hier der urwäcdische Zusammenhang zwischen dem Betrieb und der Gefahr, der der Rekursertrag erlegen ist, nicht in Abrede gestellt werden. Der Entschädigungsanspruch war daher anzuerkennen.

Boden.

Zur Getreidelagerhaus-Frage im Bodensee-Gebiet.

Vor bald einem Vierteljahr wurde mit den Vorarbeiten zur Errichtung von Getreidelagerhäusern auf genossenschaftlicher Grundlage im Seegau begonnen. Anlaß hierzu gab einmal das aller Voraussicht nach schon bald nach dem Kriege kommende Getreidemonopol, indem die guten Erfahrungen, die man gemacht hat mit den in der Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser für den Kreis Mosbach vereinigten im Jahre 1900 gegründeten Getreidelagerhausgenossenschaften im badischen Bauland und im Taubergrund. Am 19. November fand die Gründungsversammlung der Getreidelagerhausgenossenschaft für den Amtsbezirk Leberlingen statt. Das Hauptlagerhaus kommt am Bahnhof Mimmenshausen-Nußbach an der Landstraße zwischen dem Bahnhofgebäude und dem Dorfe Neufnach auf günstig gelegenerm baugewinnem Gelände zu stehen. Neben dem Hauptlagerhaus sind zwei Abnahmestellen (Fiskalen) im Bezirk Leberlingen in Aussicht genommen. Der 26. November brachte die Gründung der Getreidelagerhausgenossenschaft für den Amtsbezirk Stodach. Auch dieser Genossenschaft hat die Genoss. Generaldirektion der badischen Staatsbahnen einen sehr günstig gelegenen Platz zur Verfügung gestellt. Nach diesen beiden Gründungen folgte am 10. Dezember die Errichtung einer Getreidelagerhausgenossenschaft für den Amtsbezirk Konstanz und angrenzenden Gemeinden der Amtsbezirke Ergau und Stodach. Es war ursprünglich beabsichtigt, das Hauptlagerhaus dieser Genossenschaft in Singen zu errichten, mit einer Filiale in Radolfzell. Der Gemeinderat der Stadt Singen brachte jedoch diesen Plan zum Scheitern, indem das Hauptlager insofern nach Radolfzell kommen wird, während man sich in eingetragene Filialen in Singen und Ergau errichten werden, groß genug, um die Frucht der an diesen Filialen interessierten Gemeinden aufnehmen zu können. Im Bezirk letztgenannter Genossenschaft ging von Neujahr an eine lebhaftere Kleinagitation vor sich. Der Genossenschaft für den Amtsbezirk Konstanz sind bis jetzt über 600 Landwirte unterzeichnet beigetreten. Eine außerordentlich starke Beteiligung, wenn man berücksichtigt, daß die große Mehrzahl der Landwirte sich im Felde befindet und daher augenblicklich nicht betreten kann. In Verhinderung eine Uneinigkeit unter den Bauern in der Frage der Gründung von genossenschaftlichen Getreidelagerhäusern herbeizuführen, hat es nicht gefehlt, sie sind bisher vollkommen gescheitert.

Zuckerung des 1916er Weines. Im „Staatsanzeiger“ werden die Beteiligten darauf aufmerksam gemacht, daß nicht alle Weine des Jahrgangs 1916 ohne Rücksicht auf ihre Zusammensetzung mit 25 Prozent Zuckermah aufgebessert werden dürfen. Eine große Zahl von badischen Weinen 1916 ist nicht so gering, daß zu ihrer Verbesserung eine Zuckerung von vollen 25 Prozent notwendig wäre; die Weine dieses Jahrgangs haben vielmehr einen wider Erwarten niedrigen Säuregehalt. Wer also ohne weiteres bis zu 25 Prozent aufzudert, läuft Gefahr gegen das Weingetz zu verstoßen. Es wird daher empfohlen, sich vor Vornahme der Verbesserung bei der Gr. Landw. Versuchsanstalt Augustenberg unter Einwirkung einer Probe Rat zu holen.

Veranschlagung von Orgelpfeifen. Das Ministerium des Innern veröffentlicht in der „Karlsruh. Ztg.“ eine Bekanntmachung des stellb. Landamm. Generals betreffend Veranschlagung

nahme, Bestandserhebung und Enteignung von Prospekt-pfeifen aus Zinn (reines Zinn und Legierungen von Zinn und Blei) an Orgeln und freiwillige Ablieferung von anderen Zinnpfeifen, Zinnhallschellen usw. von Orgeln und sonstigen Musikinstrumenten. Diese Gegenstände sind mit Beginn des 10. Januar beschlagnahmt. Mit der Durchführung der Bekanntmachung sind diejenigen Kommunalverbände beauftragt, denen die Veranschlagung von Bierglasbedeln aus Zinn übertragen worden ist. Der Uebernahmepreis ist auf 6,30 Mk. für jedes Kilo Zinn zuzüglich einer festen Entschädigung von 35 Mk. für jede Orgel festgesetzt.

Die deutschen Umlauberheime. In der letzten Sitzung des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz gab Geh. Oberregierungsrat Bed eine längere Darstellung über die weitere Durchführung der sog. Umlauberheime an der badisch-schweizerischen Grenze. Diese Heime, wie sie in Konstanz, Singen, Gottmadingen, Waldshut, Weil und Lörrach bestehen, dienen dazu, den im deutschen Heeresdienst stehenden Schweizern, die während des Krieges nicht in die Schweiz reisen dürfen, während ihres Urlaubs Gelegenheit zu geben, ihre Familien zu sehen. Verpflegungs- und Unterkunftskosten tragen während des gewöhnlich eine Woche dauernden Aufenthalts die betreffenden Gemeinden und das Rote Kreuz. Der Badische Landesverein vom Roten Kreuz hat hierfür bis Oktober 1916 über 300 000 Mk. aufgewendet. Vom Berliner Zentralkomitee wurde ein einmaliger Zuschuß von 40 000 Mark geleistet. Da nun die maßgebenden Stellen des Roten Kreuzes, nicht allein in Baden, sondern auch in Württemberg und Bayern der Ansicht sind, daß diese Fürsorgetätigkeit, die im Hinblick auf die Erhaltung des Deutschtums in der Schweiz auf alle Fälle beibehalten werden soll, über den Rahmen des Roten Kreuzes hinausgeht, hat der Badische Landesverein im Auftrag des württembergischen und bayerischen Landesvereins beim Reichsamt des Innern die Uebernahme der Kosten auf das Reich beantragt und ist hierbei vom Badischen Ministerium des Innern unterstützt worden.

oc. Mannheim, 10. Jan. Einem großzügig betriebenen Schmuggel mit Lebensmitteln aus verschiedenen Orten des Bezirksamts Würzburg nach Mannheim machte die Polizei ein Ende. Die Seele des außerordentlich einträglichen Geschäftes war der Schwabmühlener Händler Kirchner in Bergheim, der alle ihm erreichbaren Lebensmittel zusammenkaufte und sie dann als „Rote Kreuz-Sendungen“ an seine Abnehmer weitergeben ließ. Die letzte „Rote Kreuz-Sendung“ Kirchners enthielt zwei Zentner Schinken, Wild und Fett.

oc. Pforzheim, 11. Jan. Der Stadtrat beabsichtigt infolge der Erhöhung der Kohlenpreise und der Löhne die Preise für Gas und Elektrizität in nächster Zeit zu erhöhen. Man beabsichtigt den Preis für Gas von 12 auf 13 Pfg., für Leuchtgas von 18 auf 14 Pfg. und die Gasvermietete von 20 auf 30 Pfg. heraufzusetzen. Außerdem soll eine Gasautomatenmiete von 30 Pfg. neu eingeführt werden. Ueber die Erhöhung der Elektrizitätspreise sind bestimmte Zahlen noch nicht bekannt.

oc. Ulm, 10. Jan. Durch Feuer wurde das ganze Gebäude der Jakobischen Städtischen Fabrik zerstört. Es konnte fast nichts gerettet werden. Das Feuer soll durch eine Spritzplosion entstanden sein.

oc. Lahr, 10. Jan. Da über ein massenhaftes Auftreten der Sperlinge geflagt wird, hat der Kommunalverband das Abschließen dieser Vögel empfohlen. Er gab für jedes Männchen eine Schutzprämie von 5 Pfg., für jedes Weibchen eine solche von 10 Pfg.

oc. Weisach, 11. Jan. Im hiesigen Bahnhof kam ein verheerender Feiger aus Colmar zwischen die Räder eines Wagens und einer Maschine und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

oc. Rom Schwarzwald, 10. Jan. In den letzten beiden Tagen ist im höheren Schwarzwald ziemlich reichlich Neuschnee gefallen. In der verlassenen Nacht stellte sich neuerdings ergiebiger Schneefall ein, der bis in die Täler herabreicht. Auch in der Ebene schneit es seit Vormittag bei sinkender Temperatur. Vom Feldberg werden 80 Zentimeter Schneehöhe, 5 Grad Kälte und sehr gute Eiskliten- und Schneeschuhbahnen bis ins Hällental und nach Tiffsee gemeldet. Auch vom nördlichen Schwarzwald lauten die Berichte günstig. Bei Fortdauer des heute eingetretenen härteren Schneegestäubers dürften die Sportbahnen bis morgen benutzbar sein.

oc. Nippoldsdau, 11. Jan. Der verheiratete 59jährige Holzhauer E. M. Müller geriet abends auf dem Heimweg in die angeschwollene Wolf und ertrank.

oc. Radolfzell, 10. Jan. In einer am Sonntag vom Genossenschaftsverband badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen einberufenen Versammlung hier sprach u. a. Verbandsdirektor Reich über die Entwicklung der Getreidelagerhäuser in Baden. Vor 16 Jahren wurden die ersten gegründet und haben sich alle ausgezeichnet bewährt, im Kriege ganz besonders. Es sollen darum an geeigneten weiteren Plätzen solche Lagerhäuser errichtet werden.

oc. Heiligenberg, 10. Jan. Gestern vormittag 11 Uhr fand hier die feierliche Beerdigung der Leiche des auf dem Felde der Ehre gefallenen Prinzen Friedrich zu Fürstenberg statt. Der Sarg mit der Leiche war am Montag abend 7 Uhr mit Sonderzug in Mimmenshausen eingetroffen und wurde mit dem Leichenwagen nach Heiligenberg überführt und in der Schloßkapelle aufgebahrt. Zu der Beerdigungsteilnahme waren u. a. erschienen als Vertreter des Kaisers Graf Nessel, Prinz und Prinzessin Max von Baden, der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen sowie Deputationen verschiedener Regimenter. Nach Beerdigung des Gohlsdienstes wurde der Sarg in feierlichem Zuge in die Gruft des Schlosses Heiligenberg getragen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 11. Januar.

Minderwertige Ertragsnahrungsmittel.

Mit der Frage, wie dem überhandnehmenden Handel mit minderwertigen Nahrungsertragsmitteln zum Schutze der Verbraucher mit Erfolg zu Leibe gegangen werden könnte, hat sich, wie wir in der „Frankf. Ztg.“ lesen, in ihrer letzten Sitzung die Preisprüfstelle Dortmund befaßt. Es lag der Antrag vor, den Vertrieb minderwertiger Ertragsmittel dadurch zu unterbinden, daß durch eine örtliche Verordnung die Erzeuger und Händler mit Ertragsmitteln verpflichtet werden sollten, die Ertragsmittel der Preisprüfstelle zur Prüfung einzureichen, bevor diese in den Handel gebracht würden. Da jedoch Bedenken laut wurden, daß durch eine solche Handelsbeschränkung, wenn sie nur örtlicher Natur wäre, auch brauchbare Ertragsmittel der Stadt Dortmund fern gehalten werden würden, wurde beschlossen, die Reichsprüfstelle zu ersuchen, eine allgemeine Anordnung im Sinne des obigen Antrages für das ganze Reich zu erlassen. Dabei wurde Wert darauf gelegt, daß im Hinblick auf die Erfahrung, daß im Laufe des Krieges eine Reihe fragwürdigster Erzeugnisse in geradezu gesunderheits-

gefährlicher Weise mit der Herstellung von Nahrungsergänzungsmitteln sich beschäftigen und mit ihrer Schundware das Publikum aufs unverschämteste schröpfen, der Persönlichkeit des Erzeugers besonderes Augenmerk gewidmet werde.

Es ist kaum zu glauben, was gegenwärtig im Schwindel mit Ernährungsmitteln alles gemacht wird. So wird hier in letzter Zeit viel sog. „Grütleberwurst“ in Büchsen zum Preise von über 2 Mark die Büchse vertrieben, ein Zeug, das noch nicht 20 Pfg. wert ist. Es ist uns ein Fall bekannt, wo ein hiesiger Einwohner nach dem Genuß dieser „Wurst“ heftige Magenbeschwerden bekam. Die chemische Untersuchung des Büchseninhalts ergab, daß keine Spur von animalischen Stoffen darin enthalten waren, aus denen für die Bezeichnung „Wurst“ eine Berechtigung hergeleitet werden könnte. Sie enthielt nur aufgeweichte Gerstentörner mit Hülzen und etwas Gewürz, die schon in Gärung übergegangen waren. Jedenfalls war das Zeug ungenießbar und das Geld dafür ist hinausgeworfen.

Verlängerung des Tarifvertrags mit den Brauereien von Karlsruhe, Durlach und Forzheim. Der im Jahre 1913 mit dem Mittelbadischen Brauereiverband abgeschlossene Tarifvertrag wurde, wie uns vom Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter (Ortsverwaltung Karlsruhe) mitgeteilt wird, um zwei Jahre verlängert. Die Brauereiarbeiter hatten zur Kündigungsforderung des Vertrages Stellung genommen und faßten eine Entschließung, wonach von der Kündigung abgesehen werden sollte, wenn die Lohnsätze um 5 Mk. pro Woche aufgebessert werden. Eine Verhandlung mit dem Syndikus, Herrn Direktor Walter, führte zu dem Ergebnis, daß die Brauereien sich bereit erklärten, ab 1. Januar 1917 eine Lohnhöhung von 4 Mk. pro Woche eintreten zu lassen. Die bisher gewährte monatliche Teuerungszulage bleibt davon unberührt. Diejenigen Brauereien, welche den Arbeitern noch keinen Urlaub gewährt haben, werden eine Barablösung eintreten lassen. Auch wurden für Arbeiterinnen Tariflöhne neu eingeführt und betragen dieselben für Arbeiterinnen über 18 Jahre 23—25 Mk. und für Arbeiterinnen unter 18 Jahre 21 Mk. die Woche. Die Unionbrauerei in Karlsruhe hat sich dieser Vereinbarung angeschlossen.

Seid sparfam mit den Kartoffeln! Das ist der Grundton der **Anordnung**, welche der Stadtrat im Angeheißenen dieses Blattes veröffentlicht. Es dürfte im allgemeinen Interesse liegen, daß diese Anordnungen genau befolgt werden.

Opfertag. Am 27. und 28. Januar wird (wie im ganzen Reich) auch in Baden ein Opfertag stattfinden, dessen Ergebnis den Soldatenheimen an der Front und dem Badischen Landesverein vom Roten Kreuz zuzuführen.

Neue Reichsbanknoten. Das Reichsbankdirektorium macht bekannt, daß in der nächsten Zeit eine neue Art Reichsbanknoten zu 20 Mark ausgegeben werden.

Ablieferung von Fahrtragsgummi. Wie aus der Bekanntmachung des Bürgermeisters hervorgeht, will das Kriegsministerium noch einmal Gelegenheit zur freiwilligen Ablieferung der beschlagnahmten Fahrtragsgummi geben. Es liegt im eigenen Interesse der Besitzer solcher Vorräte, sie an den vom Bürgermeisterrat für die Ablieferung festgesetzten Tagen abzuliefern. Wer jetzt nicht freiwillig abliefern will, muß bei der zugehörigen Einziehung seinen Fahrtragsgummi doch hingeben und erhält dann, wie man uns schreibt, nur noch einen verminderten Preis von 10 Prozent niedrigeren Preis als jetzt. Die Ablieferung geschieht stufenweise. Am 11. Januar soll der Gummi aus den mit den Buchstaben A bis C beginnenden Straßen, am 12. aus den mit den Buchstaben D bis G beginnenden Straßen abgeliefert werden. Ueber die Ablieferung aus den übrigen Straßen erfolgt weitere Bekanntmachung.

Unfall. Gestern nachmittag sprang in der Eitlingerstraße kein Viererhieb ein Kaufmann aus Eitlingen auf einen in der Straße befindlichen Straßenbahnwagen, stürzte ab und wurde eine Strecke weit geschleift. Glücklicherweise kam er ohne Verletzungen davon.

Zur Anzeige gelangte ein Wirt von hier, der fortgesetzt größere Mengen guter Speisekartoffeln an Schweine verfütterte und für zehn Personen Lebensmittelmärkte bezog, obwohl sein Hausgalt nur aus sieben Personen bestand; ferner ein Zimmer aus dem Amtsbezirk Stadach wegen übermäßiger Preissteigerung. Er vertonte an einen hiesigen Kaufmann Inlandshonig zum Preise von 6 Mark (!) pro Pfund.

Ein Gang durch die städtische Molkerei.

Unter dem Titel „Molkereijagd“ u. m. v. Karlsruhe — kurz Molkereijagd genannt — wurde bekanntlich eine Gesellschaft gegründet, deren Geschäftszweck es ist, den Milchmarkt von der Stadtverwaltung selbst, zum andern Teil vom Lebensbedürfnisberein und andern gemeinnützigen Anstalten bzw. Vereinigungen übernehmen wurden. Diese Gesellschaft, der von der Stadtverwaltung das in den Besitz der Stadt übergegangene frühere Verwaltungs- und Tagelgebäude des Lebensbedürfnisvereins mit der zur Verfügung gestellt worden ist, hat nun mit weiterer Unterstützung der Stadtverwaltung, die das Anwesen zweckentsprechend umbaute, in der Molkereijagd eine auf modernste eingerichtete Molkerei geschaffen.

Die der Anstalt täglich zugehende Milch gelangt zunächst zur Waage, wo der Inhalt jeder einzelnen Kanne genau festgestellt wird. Von der Waage fließt die Milch in einen großen Behälter, von wo sie mittels Pumpen nach dem 2. Stockwerk in eine noch größere Sammelbehälter befördert wird. Und hier beginnt nun die wichtigste Behandlung der Milch, die Reinigung und Pasteurisierung. Nachdem die Milch in einem Vorwärmer auf 35 Grad Celsius vorgewärmt ist, kommt sie in eine Reinigungsentsäufung, die mit ihren ungenutzten Geschwindigkeitsmaschinen von 6000 Touren in der Minute die Milch von jedem Fremdkörper befreit. Nach diesem gründlichen Reinigungsprozeß wird die Milch einem Pasteurisierungsapparat zugeleitet, wo sie 30 Minuten lang in einem sogenannten Dauerhitzer mit 65 Grad Celsius Wärme liegen bleibt, so daß alle etwa vorhandenen Bazillen unschädlich gemacht werden. Da die Anstalt zurzeit vier solcher Dauerhitzer besitzt, von denen jeder 1200 Liter fähig, können also hier in der Stunde rund 4000 Liter Milch pasteurisiert werden. Von den Dauerhitzern läuft die Milch in Hähnen nach einem Veredelungsfäßler, wo die Milch nicht nur auf 3 Grad Celsius abgekühlt wird, sondern auch durch Zuströmung frischer Luft den feinen Geschmack erhält, der bei der Stallmilch meistens vermischt wird. Von dem Kübler gelangt sodann die Milch in die vier großen, gut isolierten Vorratsbehälter von je 1000 Liter Fassungsvermögen. Diese Vorratsbehälter stehen in Verbindung mit dem darunter liegenden Ausschankraum, wo die Milch durch feinstreie Zapfapparate, automatisch gemessen, in die Verkaufsstellen geleitet wird.

Die gleiche Behandlung wie die Vollmilch erfährt auch die Magermilch, nur mit dem Unterschiede, daß letztere noch eine weitere Station, nämlich die Entrahmungsentsäufung, durchlaufen muß. Besonders hervorzuheben ist, daß die Milch während des ganzen, ziemlich langen Weges, den sie von der Veraberampe bis zu den Verkaufsstellen zu machen hat, vollständig frei bleibt von jeder Verunreinigung durch menschliche

Hände, so daß also hier eine Milch zum Verkauf gelangt, die den höchsten hygienischen Anforderungen entspricht.

Sehr interessant ist auch die Butterei der Anstalt. Nachdem der durch die Zentrifuge gewonnene Rahm auf 60 Grad erhitzt worden ist, kommt er in einen Kübler und von hier in die Rahmreifungswanne, wo er durch ein Rührwerk nach Belieben temperiert werden kann. Hier bleibt der Rahm 12 bis 20 Stunden, bis er in den Butterfertiger gelangt, eine Maschine, durch die innerhalb von ¼ Stunden von den 400 Litern Rahm, die der Fertiger fähig, zwei Zentner Butter fix und fertig und fein ausgeknetet hergestellt werden können. Von dem Butterfertiger kommt die Butter auf die daneben stehende Formmaschine, durch die die Butter nach Belieben in ¼, ½ und ganze Pfundstücke auf dem schnellsten Wege geformt wird. Zur Aufbewahrung der Buttervorräte dient ein eisgefäßler, mit Tonplättchen ausgelegener Vorratsraum, in dem 30 Zentner Butter Platz hätten, der aber aus Mangel an Vorräten bis jetzt noch unbenutzt geblieben ist. Außer dieser Butterei gibt es in der Anstalt auch noch eine Käseerei, die aber nur verwendet wird, um die Milch, die auf der langen Eisenbahnfahrt sauer geworden ist, in Quark — bei uns Vibellkäse genannt — zu verwandeln, der ebenfalls wie die Milch in den Ausschankstellen der Buttereiverordnung zum Verkauf kommt.

Die Umbauten des Gebäudes, die nach den Plänen des Stadtbaurats Weibel ausgeführt wurden und sich als sehr praktisch erwiesen haben, erforderten einen Aufwand von 80 000 Mk., während die einschneidenden Einrichtungen, deren Kosten von der Milchverwaltung, u. m. v. G., bestritten wurden, sich auf 140 000 Mk. — ohne die Kosten für die Mägen — belaufen. Die Dampfmaschine lieferte die Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe, die sonstigen maschinellen Anlagen sind von dem Bergedorfer Eisenwerk. Die Leitung der Anstalt liegt in den Händen des Geschäftsführers Deutschmann aus Magdeburg. (M.)

Veranstaltungen.

Arbeiter-Jugend. Heute abend Vortrag im Lokal „Gambriushalle, Ludwigsplatz. (Eingang durch den Hof.)

Letzte Nachrichten.

Wiernot in München.

W.B. Berlin, 11. Jan. Laut „Berliner Tageblatt“ ist die Wiernot in München durch die bis 1. Oktober v. J. zurückwirkende Kontingentierung so groß geworden, daß die meisten Käse nach 8 Uhr abends kein Bier mehr erhalten. Deshalb dürfte in kurzer Zeit die Einführung von Biermarken erfolgen.

Eine Erklärung des Generals Wille.

W.B. Berlin, 11. Jan. Der Oberbefehlshaber der schweizerischen Armee, General Wille, gab einem französischen Besucher die Erklärung ab, daß die Gerüchte von einer bevorstehenden Offensiv-Deutschlands durch die Schweiz nicht gerechtfertigt seien.

Erzelenz v. Jedlik.

W.B. Berlin, 11. Jan. Dem freikonservativen Abgeordneten Freiherrn v. Jedlik-Neufürch ist der Titel Erzelenz verliehen worden.

Ein angebrachter holländischer Dampfer.

W.B. Berlin, 11. Jan. (Amst.) Am 10. ds. Mts. haben unsere flandrischen Seereisende den holländischen Dampfer „Import“ (847 Brestregister-tonnen), der von Rotterdam nach London bestimmt war, nach Zebrügge eingedrängt. Die Ladung enthielt u. a. Baumwollwaren, Dele, Getränte.

Eine belgische Lüge.

W.B. Berlin, 11. Jan. (Amst.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 28. Dezember enthielt die von ihr auf eine offizielle belgische Quelle zurückgeführte Nachricht, die deutschen Behörden in Belgien hätten bekannt gegeben, daß über alle Bewohner des Landes, die Personen bei sich versteckten, um sie vor der Deportation zu retten, die Todesstrafe verhängt werde. Diese Nachricht ist selbstverständlich frei erfunden. Es ist weder eine solche Bekanntmachung erlassen worden, noch wird wegen der erwähnten Handlungen die Todesstrafe verhängt.

Der polnische Staatsrat.

Warschau, 11. Jan. Die Mitgliederliste des demnächst zusammen tretenden Staatsrats wurde gestern bekannt gegeben. Sie umfaßt Vertreter der konservativen Elemente, des fortschrittlichen Zentrums und der radikalen Linken. Der zusammengesetzte Staatsrat zeigt das Bild der verschiedenen Stände und Parteien.

Aus dem deutschen Verwaltungsbereich gehören folgende Personen dem Staatsrat an: Juhann v. Rzeszdzielski, Geistlicher Dekan; Stanislaw v. Janicki, Gutbesitzer; Ludwik v. Górski, Ingenieur; Stanislaw v. Dziedzicki, Vizepräsident der Landwirtschaft; Franciszek Pring Radziwill, Milizvortrater; Wacław v. Wesołowski, Großgrundbesitzer; Stanislaw von Bufoniedzi, Advokat; Nazjusz Marjanow, Präsident des Völkervertrages; Stephanow Dziewulski, Advokat; Artur v. Siewinski, Schriftsteller und Vizepräsident der Stadtverordnetenversammlung Warschau; Antoni Kaczorowski, Ingenieur; Włodzimir Knowski, Werkmeister; Ludomir Crenobysznski, Schriftsteller; Wladislaw Studnicki, Schriftsteller; Wlodek Stolarski, Hofbesitzer. Dem Staatsrat gehören aus dem österreichisch-ungarischen Verwaltungsgebiet an: Graf Rosjoworski, Gutbesitzer; Anton Luniewski, Gutbesitzer und Präses des Verbandes der Landwirte für das Königreich Polen; Joseph Mikulowicz-Pomorski, Gutbesitzer und Direktor der Landwirtschaftlichen Hochschule; Michael v. Lempicki, Ingenieur; Victor v. Skolowski, Gutbesitzer und Friedensrichter in Nowyprza, ehemals Advokat; Joseph Kozłowski, Zigeleibesitzer; Joseph Wludski, Regimentsbrigadier a. D.; Dr. Pawel Jankowski, Arzt; Woleslaw Sztohrn, Rater; Andrzej Mah, Landwirt.

Als Regierungsvertreter zum Staatsrat wurden ernannt von deutscher Seite: als Regierungskommissar: Bayerischer Oberregierungsrat Graf Hugo Lerchenfeld-Röferring, Wesse des bayerischen Gesandten in Berlin; als Stellvertreter: Graf Hutten-Czapaki, Schlosshauptmann von Rosen und Kurator der Universität Warschau; Landratsrat Joseph Zychlinski; von österreichisch-ungarischer Seite: als Regierungskommissar Geh. Rat Frhr. v. Konopka, ein bekannter Großgrundbesitzer und früherer Landtagsabgeordneter; als Stellvertreter: Hofrat Dr. Ignaz Rosner, früher Reichstagsabgeordneter und Mitglied des Reichshaus; Regierungsrat Stephan Ritter v. Szkolowski, früher im Ministerium des Innern und zuletzt beim Generalgouvernement Lublin.

Das vorläufige Ergebnis der österreichischen Kriegsanleihe.

W.B. Wien, 11. Jan. Das k. u. k. Postparaffinamt teilt mit: Die Zeichnungen auf die 5. Kriegsanleihe sind heute geschlossen worden und haben nach den ersten Feststellungen eine Summe von 4412,8 Millionen Kronen ergeben. Die endgültigen Schlüsselsätze können erst an einem späteren Zeitpunkt berechnet werden.

Ein französischer General gestorben.

W.B. Berlin, 11. Jan. Nach einer Genfer Depesche des „Berliner Tageblatts“ meldet das „Echo de Paris“, daß der französische General Serret an den Folgen einer in den Vogesen am 6. Januar erlittenen Verletzung gestorben sei.

Gesprenzte englische Friedensversammlung.

W.B. London, 11. Jan. Bei einer friedensfreundlichen Versammlung, die Snowden und Ramsay Macdonald gestern abend in Balmnamjow abhielten, wurden die Redner durch die Anwesenheit fortwährend unterbrochen. Eine Anzahl Soldaten führte die Tribüne und trieb Snowden und Macdonald hinaus. Darnach wurden Reden für die Fortsetzung des Krieges gehalten.

Eine Drohung der Benizelisten.

W.B. Berlin, 11. Jan. Die russische Kolonie in Athen soll, wie verschiedenen Morgenblättern berichtet wird, den Piräus bereits verlassen haben. Auf Areta und den Inseln des Ägäischen Meeres, sowie in Mazedonien seien Hunderte von Anhängern des Königs verhaftet worden. Benizelos habe Athen verständigt, daß beim ersten Fall der Erziehung von Benizelisten alle von der vorläufigen Regierung in Saloniki gefangen genommenen königstreuen Geiseln erschossen würden.

Briefkasten der Redaktion.

H. B., Durlach. Die angefragte Steuer ist schon lange in Kraft!

Briefkasten der Expedition.

Nach Offenburg. Die Zeitungsendung für dort wird seitens unserer Expedition jeden Tag spätestens um 1/2 12 Uhr auf der Bahnpost hier aufgegeben. Sie müßte also auf alle Fälle mit dem eine volle Stunde später abgehenden Schnellzug D 94 (12 Uhr 25 ab hier) befördert werden und um 1 Uhr 56 in Offenburg sein. Bei der großen Geduld, die man sich in solchen Fällen angewöhnen hat, darf man denn wohl die Auslieferung des Zeitungsbundes am dortigen Schalter bis etwa um 3 Uhr erwarten. Wegen der mitgeteilten beträchtlichen Verzögerungen und wegen anderer uns unerklärlicher Tatsachen, werden wir uns wieder einmal beschweren. Unsere Besucher müssen wir wegen der verspäteten Zustellung, für die uns und unsere Filialinhaber keine Schuld trifft, um Entschuldigung bitten.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Letzte Post: Wilhelm Koltz; für den übrigen Inhalt: Hermann Adel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Anordnung.

Die Kartoffelverföderung betr.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichslandwirts vom 1. Dezember 1916 und der Verordnung des Großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 28. Dezember 1916, die Regelung der Kartoffelverföderung betreffend, wird folgendes angeordnet:

§ 1. Der zulässige Verbrauch an Speisekartoffeln beträgt für den Tag und Kopf der Bevölkerung höchstens ¼ Pfund.

Kartoffelverföderung dürfen für sich und jeden Angehörigen ihrer Wirtschaft von ihrer Ernte täglich bis 1 Pfund und ab 1. März 1917 bis 20. Juli täglich bis 1 ½ Pfund verbrauchen.

Für Schwerearbeiter kann auf Antrag eine Erhöhung des täglichen Verbrauchs bis zu 1 ½ Pfund bewilligt werden.

§ 2. Die Verföderung der hiesigen Bevölkerung mit Kartoffeln in der zulässigen Höchstmenge geschieht durch Vermittlung der Geschäftsstelle des Kommunalverbandes (Kartoffelamt).

Es werden Kartoffelarten an die Haushaltungsverbände ausgegeben, welche die Empfänger berechtigen, die zulässige Menge beim Kartoffelamt oder in den Verkaufsstellen zu kaufen.

Die Verföderungsperiode reicht bis zum 20. Juli 1917.

§ 3. Wer im Besitz von Kartoffelvorräten ist, erhält für die Zeit, für welche seine Vorräte reichen müssen, keine Kartoffelarten. Wer hiernach über den 20. Juli 1917 verfügt ist, hat den Ueberverschuß an den Kommunalverband gegen Entschädigung herauszugeben.

§ 4. Außer den allgemeinen Kartoffelarten werden besondere **Gast-Kartoffelarten** ausgegeben, deren kleinster Abschnitt auf ein Viertel Pfund lautet. Die Gültigkeitsdauer derselben ist vorerst unbeschränkt. Sie werden nur gegen Verzicht auf die entsprechende Menge der allgemeinen Kartoffelarten oder im Umtausch gegen Marken derselben abgegeben. Wer mit Kartoffeln bereits versorgt ist, kann eine Gast-Kartoffelart nur erhalten, wenn er eine entsprechende Menge guter Kartoffeln an das Kartoffelamt zurückgibt.

§ 5. Gerichte, welche ganz oder teilweise aus Kartoffeln bestehen, dürfen in Wirtschaften und Speiseanstalten jeder Art (Gast-, Schenke- und Speisewirtschaften, Hofgastereien, Vereins- und Freizeitschänken, Fremdenheime, Kriegs- und Volkshäuser, Kantinen usw.) an die Gäste nur abgegeben werden entweder gegen **Gast-Kartoffelmarken**, deren Nennwert dem Rohgewicht der verwendeten Kartoffeln entspricht oder gegen Ablieferung guter Kartoffeln in diesem Gewicht.

§ 6. In Wirtschaften und öffentlichen Speisehäusern dürfen solche Gerichte ohne **Gast-Kartoffelmarken** oder Kartoffelablieferung nur an solche Gäste abgegeben werden, die dem Wirt oder seinen Angestellten als ortsfremd bekannt sind, oder die sich durch Vorlage eines Reisepasses oder durch den Besitz der Lebensmittelfürkarte eines fremden Kommunalverbandes oder in anderer Weise als ortsfremd ausweisen; doch dürfen bei einer Mahlzeit nicht mehr als ½ Pfund Kartoffeln für den Gast abgegeben werden.

§ 7. In Kriegs- und Volkshäusern und bei sonstigen Massenverpföderungen, auch Kantinen, ist die Abgabe von Kartoffelspeisen an Ortsfremde ohne Marken nur zulässig gegen Lieferung einer entsprechenden Menge guter Kartoffeln.

§ 8. Die Inhaber von Wirtschaften und öffentlichen Speiseanstalten haben auf der Speisekarte oder durch besonderen Anschlag bekannt zu geben, wieviel **Gast-Kartoffelmarken** oder Kartoffeln für die einzelnen Kartoffelspeisen abzugeben sind.

§ 9. Die Wirte und Inhaber aller Speiseanstalten haben die **Gast-Kartoffelmarken** zu sammeln, zu bündeln und nach den Bestimmungen der Geschäftsstelle des Kommunalverbandes abzuliefern. Sie er-

Salten dagegen, soweit sie nicht als verzehrt gelten, in Höhe der abgelieferten Marken und des markenfreien Verbrauchs für ortsfremde Käufe Bezugsscheine, die sie zum Kauf von Kartoffeln berechtigen. Der markenfreie Verbrauch von Kartoffeln wird durch die Geschäftsstelle des Kommunalverbandes festgestellt.

Die Wirte und Inhaber aller Speisestätten haben ferner wöchentlich anzugeben, wieviel Kartoffeln bei ihnen abgeliefert worden sind.

§ 9.

Die Besitzer von Kartoffelvorräten haben diese sachgemäß zu lagern, pfleglich zu behandeln und dafür zu sorgen, daß sie regel-mäßig verlesen werden.

Auf Verlangen der Geschäftsstelle des Kommunalverbandes haben ferner die Eigentümer und Besitzer von Kartoffeln ihre Vorräte nachzuprüfen und einzumessen. Die Geschäftsstelle ist berechtigt, die Angaben nachzuprüfen; hierzu ist den Beauftragten der Geschäftsstelle der ungehinderte Zutritt zu den Lagerräumen zu gestatten.

§ 10.

Die Geschäftsstelle des Kommunalverbandes ist befugt, die zur Ausführung dieser Anordnung erforderlichen Vollzugsbestimmungen zu erlassen.

§ 11.

Wer den Vorschriften dieser Anordnung oder den Vollzugsbestimmungen der Geschäftsstelle des Kommunalverbandes zuwiderhandelt, wird gemäß § 10 der Bekanntmachung des Reichsanwalters vom 1. Dezember 1916 über Kartoffeln mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark, oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Bestrafung können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden.

Die Hauswirtschaftsvorstände, die Inhaber von Wirtschaften und die Leiter und Vorstände von Anstalten sind neben ihren Hausangehörigen und den Angestellten persönlich dafür verantwortlich, daß die Vorschriften dieser Anordnung, namentlich über den zulässigen Höchstverbrauch, eingehalten werden.

§ 12.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Karlsruhe, den 2. Januar 1917.

Der Stadtrat.

Bekanntmachung

über

Ablieferung von Fahrradgummi.

1.

Das Kriegsministerium hat angeordnet, um noch einmal Gelegenheit zur freiwilligen Ablieferung der beschlagnahmten Fahrradbereifungen zu geben, daß bis einschließlich 15. Januar Fahrradbereifungen aus Gummi angenommen werden müssen.

2.

Die städtische Annahmestelle Karlsstraße 30 wird deshalb für die Annahme von Fahrradgummi wieder geöffnet. Die Annahme findet statt werktäglich von 8 bis 12½ Uhr und von 1½ bis 7 Uhr abends.

3.

Der Verordnung entsprechend werden folgende Preise bezahlt:

Für Klasse	Dede	Schlauch
a) sehr gut	4,00 M	3,00 M
b) gut	3,00 M	2,00 M
c) noch brauchbar	1,50 M	1,50 M
d) unbrauchbar	0,50 M	0,25 M

4.

Die Fahrradbereifungen, die jetzt nicht abgeliefert werden, werden später enteignet. Die bei der Enteignung zu zahlenden Preise werden vermutlich 10 Prozent niedriger als die oben angeführten sein.

5.

Wir machen noch auf folgendes aufmerksam:
a) Auch Bereifungen von Kinderfahrrädern sind abzuliefern.
b) Dedes und Schläuche dürfen nicht zerhackt werden, andernfalls werden sie nur nach Klasse d) oder als Altgummi angenommen. Schläuche, die ohne Ventile oder mit unvollständigen Ventilen abgeliefert werden, können nur nach Klasse d) angenommen werden.

6.

Als Geschenk wird Gummi aller Art angenommen; er wird später zugunsten des Roten Kreuzes und der städtischen Fürsorge für Kriegervfamilien bewertet werden.

7.

Wer Fahrradgummi bei der Annahmestelle abgibt, erhält dafür einen „Annahmeschein über Fahrradgummi“, dessen Betrag sofort bei der Stadtkassaphase erhoben werden kann. Damit die Ablieferung in geordneter Weise vor sich geht und ein Andrang vermieden wird, soll die Ablieferung stufenweise vor sich gehen, soweit dies bei der Kürze der vorgeschriebenen Frist möglich ist.

Ablieferungstag für die Straßen, die mit Buchstaben A bis C beginnen, ist der 10. und 11. Januar, D bis G beginnen, ist der 12. Januar.

Weitere Aufforderungen folgen.
Karlsruhe, den 9. Januar 1917. 212

Das Bürgermeisteramt.

Fischverkauf

In der Städt. Fischmarkthalle am Donnerstag von 3-7 Uhr und Freitag von vormittags 8 Uhr ab. In der Sofienstraße 96/98 am Donnerstag von 2-5 Uhr und in der Georg-Friedrichstraße am Freitag von vormittags 8 Uhr ab. 218

Karlsruhe, den 10. Januar 1917. Städtisches Nahrunsmittelamt.

Eierverteilung.

Von Donnerstag, den 11. Januar ab, wird an die bei den Eiergeschäften eingetragene Kundenschaft auf je drei Eiermarken Nr. 1 des Lebensmittelheftes vom 1. bis 14. Januar ein Ei abgegeben. Die mit dem Vermerk „Kantenzugang“ versehenen Eiermarken müssen mit einem Ei für eine Marke eingelöst werden.

Die Sammelmarken der Anstalten und Wirtschaften vom 1. bis 14. Januar werden mit je einem Ei für fünf Personen eingelöst. Die abgelieferten Eiermarken sind von den Eiergeschäften gebündelt und verzeichnet an die Kartenteile (Kettballe) abzuliefern. Karlsruhe, den 10. Januar 1917. 219

Städtisches Nahrunsmittelamt.

P.T. Palast-Theater P.T.
Herrenstr. 11 Karlsruhe Herrenstr. 11
Größtes, neuestes und vornehmstes Lichtspielunternehmen am Platze.

Konkurrenzlose, klare, plastische Vorführung der Bilder infolge erstklassiger technischer Einrichtung, wodurch die Augen nicht angegriffen werden.

9 Meter hoher Theatersaal
mit Balkon 400 Personen fassend.

Nur noch heute und morgen.

1. **Die neuesten Kriegsberichte von allen Fronten**
Hochinteressante Aufnahme.

2. **Alleiniges Erstaufführungsrecht**
unserer neuen Serie 1917:
Anna Müller-Linke

in ihrer neuesten Rolle
Beute vom Stand.

Lustspiel in 3 Akten.
Regie: Emil Albes.

3. **Alleiniges Erstaufführungsrecht**
unserer neuen Serie 1917:
Lotte Neumann

Hauptdarstellerin in
„Jenseits der Mürde“

ein Film-Roman in 4 Abteilungen
von Richard Wilde.

Ausserdem einige Extra-Einlagen.

Zum gefl. Besuche ladet erg. ein Der Besitzer: **Fr. Schulten**.
Die ruhigeren **Nachmittags-Vorstellungen** werden dem geschätzten Publikum als besonders genussreich empfohlen.

Palast-Theater Herrenstrasse 11.
1/2 Minute von der Elektr. Haltestelle **Herrenstrasse.**

Zu diesem reichhaltigen Programm haben **Vorzugskarten Gültigkeit**

Zur gefl. Bedienung, zum Ausschneiden. 216

Vorzugskarte.

Inhaber dieser Karte zahlt gegen Vorzeigen derselben an der Kasse der Palast-Theater folgende Eintrittspreise:
2. Platz 25 S., 1. Platz 40 S., Balkon 60 S., Sperrsitz 80 S., Balkonloge 111, Fremdenloge 1.50.

Vorzugskarte.

Inhaber dieser Karte zahlt gegen Vorzeigen derselben an der Kasse des Palast-Theaters folgende Eintrittspreise:
2. Platz 25 S., 1. Platz 40 S., Balkon 60 S., Sperrsitz 80 S., Balkonloge 111, Fremdenloge 1.50.



KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde

bietet für jedermann einen

billigen und guten

Lesestoff

Belehrend - Unterhaltend

Während des Krieges erhält jedes Mitglied bei dem Halbjahrespreis von

nur M 2.80

jährlich 12 starke, reich illustrierte Monatshefte // und 5 gute Bücher erster Schriftsteller //

Treten Sie sofort bei oder verlangen Sie Prospekt bezw. Probeheft bei der

Buchhandlung Volksfreund
Luisenstraße 24, Tel. 128.

Wasserdichter Umhang

(Gummi, Ledertuch oder dergl.) von Radfahrer zu kaufen gesucht. Gefl. Offerten an die Geschäftsstelle des „Volksfreund“ unter Nr. 101 erbeten.

Pianos

in schöner Auswahl von Mk. 525.— an.
:: Teilzahlung gestattet. ::
Odeon-Haus, Karlsruhe
Kaisersstrasse 175.
Telefon 339. 211

Büchlerinnen Arbeiterinnen

finden gegen hohen Lohn dauernde Beschäftigung.

Dampfwaschanstalt Schorpp

Kaiser-allee 37. 145

Städt. Badenanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.

Medizinische Bäder.

Fichtennadel-Salz (Rappenaauer oder Staassfurter).
Mutterlauge u. Schwefel (Thiopinol)-Bäder.
Badezeit für Herren und Damen: 8-1 Uhr vorm. und 3-8 Uhr nachm.
Samstags bis 8 Uhr.
Sonntags 8-12 Uhr.
Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 102

Diwan's,

neue, von 58, 65, 70 M an, hoch. Dessins von 85 M an. 214
R. Köhler, Schützenstr. 25.

Bachstr. 52

ist eine schöne 2- und 3-Zimmerwohnung m. Zub. auf 1. April zu vermieten. Näheres daselbst im Laden. 141

Sendet Karten ins Feld!

Atlas der Ost- und Südostfront, 5 farbige Karten von 1. Nordwestrussland, 2. Südwestrussland, 3. Rumänien, 4. Mazedonien, 5. Aegypten.

Atlas der Westfront, 5 farbige Karten von 1. Ostende-Arras, 2. Laon-Reims, 3. Reims-Verdun, 4. Toul-Nancy, 5. Kolmar-Belfort.
Preis jedes gebundenen Taschen-Atlases 1 Mark.

Zu beziehen durch:
Buchhandlung Volksfreund
Luisenstrasse 24, Telephon 128.

Die Reinigung von Bett- und Tischwäsche

übernimmt zu folgenden Preisen: Oberbettuch von 24 J an, Unterbettuch 20 S., Kissenbezug 22 S., Kissenbezug 12 S., Handtuch 8 S., Tischtuch 20 S., Serviette 8 S. 130

Dampfwaschanstalt August Pfützer
Karlsruhe-Müppur, Langestraße 2.

Günstige Kaufgelegenheit in

Pelz-Waren

Damen-Pelze und Muffen.
32 Nur Zittel 32, 1 Treppe hoch
im Hause der Fahrradhandlung. 213